

## Geschlossene Gesellschaft

Wie recherchiert man in Gruppen oder Organisationen, aus denen eigentlich nichts nach außen dringt? **Seite 6**

## R.I.P. Redaktion

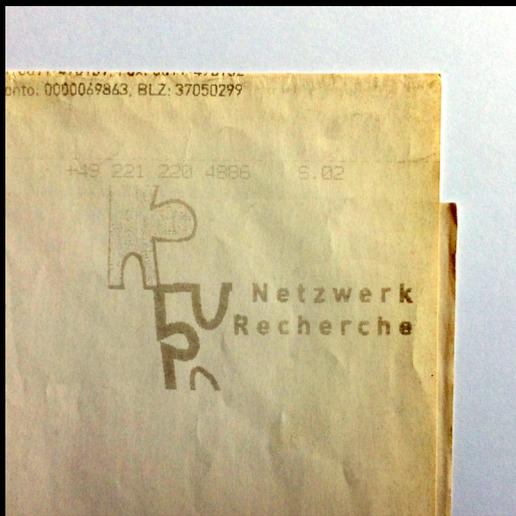
Ist die gute alte Redaktion am Ende? Corona hat gezeigt, dass es auch anders geht. Oder kommt der Abgesang zu früh? **Seite 3**

## Nachrichten-Nachhilfe

Journalist:innen drücken freiwillig die Schulbank, um Schüler:innen Medienkompetenz zu vermitteln. **Seite 7**



## How it started



## How it's going



## 20 Jahre netzwerk recherche

Es war einmal ...

... in Simmerath-Erkensruhr. Dort wurde am 1. April 2001 Netzwerk Recherche gegründet. Die große Geburtstagssause zum 20. Jubiläum musste ausfallen, aber es besteht Hoffnung, dass im Oktober beim NDR in Lokstedt nachgefeiert wird – dann auch wieder mit Currywurst und Pommes.

# Nicht Sonntagsreden, Taten!

Deutschland hat sich lange als Vorbild für Pressefreiheit gesehen. Doch der kritische Journalismus steht auch hierzulande zunehmend unter Druck. Eine Bestandsaufnahme.

Es ist gefährlicher geworden, als Journalist:in zu arbeiten. Spätestens seit dem jüngsten Bericht von Reporter ohne Grenzen (ROG) ist das nicht mehr zu bestreiten. Die Menschenrechtsorganisation hat in Deutschland für 2020 insgesamt 65 Übergriffe auf Journalist:innen gezählt – im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Verfünffachung. Und die Dunkelziffer ist nach Einschätzungen von ROG sogar noch deutlich höher. Die Konsequenz: Herabstufung in der Rangliste der Pressefreiheit um zwei Ränge auf Platz 13.

## Der Abstand wird größer

Laut ROG ist die Situation nur noch „zufriedenstellend“ statt „gut“. Dabei hatte man hierzulande doch so vorbildlich über die „wahren“ Feinde der Pressefreiheit in der Türkei, in Russland und anderswo berichtet. Deutschland hat eine freie Presse, nicht zuletzt aufgrund eines funktionierenden Rechtsstaats. Von der verheerenden Lage in den genannten

Ländern ist man weiterhin deutlich entfernt – der Abstand zu Leuchttürmen wie Norwegen, Finnland oder Schweden wird allerdings größer.

Angebahnt hat sich diese Entwicklung schon seit langem – Hate Speech, Lügenpressevorwürfe und Morddrohungen sind längst Alltag für viele Medienschaffende. Die aggressive Grundstimmung im Netz ist der Nährboden für ein zunehmend feindseliges Verhalten gegenüber Journalist:innen in der analogen Welt. „Der Hauptgrund für die Verschlechterung war das erschreckende Ausmaß an Gewalt gegen Journalist:innen am Rande von Demonstrationen“, erklärt ROG-Pressereferentin Anne Renzenbrink die Herabstufung. Die meisten Übergriffe hätten sich bei den sogenannten Querdenker-Protesten ereignet. Der Polizei wird vorgeworfen, bei Gewalt gegen Journalist:innen zu spät oder gar nicht einzuschreiten. Viele Beamt:innen würden die Rechte der Presse nicht hinreichend kennen und oft nicht wissen,

was Journalist:innen dürfen und was nicht. Einige Bundesländer haben daraufhin einen engeren Austausch und eine stärkere Verankerung von Medienrechten in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung angeregt.

## Nicht zuständig

Weitere Ansätze sind spezielle Schutz- und polizeiliche Begleitung für Journalist:innen. Da Medienschaffende dann aber sofort erkennbar wären und Ereignisse nur gefiltert wahrnehmen könnten, kann das die fundierte Berichterstattung beeinträchtigen. Die Verwendung eines bundesweiten Presseausweises könnte zumindest die Arbeit der Polizei auf Demonstrationen erleichtern. Denn: „Problematisch sind für Einsatzkräfte immer wieder Personen, die sich fälschlicherweise als Medienschaffende ausweisen“, sagt Pascal Ziehm, Leiter der Stabsstelle Kommunikation der Polizei Sachsen in Leipzig. ▶

## Nestgezwitscher

Glückwunsch-Tweets zu 20 Jahren NR

**tagesthemen** @tagesthemen  
Herzlichen Glückwunsch und Danke für eure wichtige Arbeit!  
40 „Gefällt mir“-Angaben

**ReporterohneGrenzen** @ReporterOG  
@nrecherche wird heute 20 Jahre alt! Wir sagen Herzlichen Glückwunsch und bedanken uns für die langjährige Partnerschaft und Zusammenarbeit. Wir freuen uns auf viele weitere gemeinsame Projekte in der Zukunft.  
[netzwerkrecherche.org](http://netzwerkrecherche.org)



8 „Gefällt mir“-Angaben

**Tabea Grzeszyk** @tabeszyk  
@nrecherche Herzliche Glückwünsche! Was wäre der deutsche Journalismus ohne euch?! 🍷  
2 „Gefällt mir“-Angaben

**Nicola Kuhrt** @nicolakuhr  
@nrecherche Herzlichen Glückwunsch! 🍷 Auf die nächsten 20 Jahre, liebe Kollegen!  
1 „Gefällt mir“-Angaben

**Oda Lambrecht** @LambrechtO  
Herzlichen Glückwunsch! 🍷 Toll, dass es @nrecherche gibt – ein Verband für Recherche-Journalismus mit Rückgrat. Vielen Dank für euer Engagement.  
2 „Gefällt mir“-Angaben



@nrecherche  
#nr21



In Zusammenarbeit mit der Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Hamburg und dem Journalismus-Fachmagazin **MESSAGE**

Der Deutsche Presserat hat Ende 2020 einen Entwurf für gemeinsame Verhaltensregeln von Medien und Polizei vorgestellt. Dieser sollte bei der Innenministerkonferenz Mitte Juni diskutiert werden – zwischendurch verschwand das Thema von der Agenda. Aus Teilnehmerkreisen hieß es, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sich nicht zuständig fühle. Am Ende wurde der Entwurf zwar diskutiert – eine Entscheidung aber auf den Herbst vertagt. Verbesserungen wurden nicht eingeleitet.

### Ideen sind da – voran geht wenig

Unter den Bundestagsfraktionen gibt es ein paar Ideen, um die Presse zu schützen. Die Linke fordert, dass die Pressefreiheit in jeder Gesetzesvorlage berücksichtigt werden müsse. Auch den Grünen gehen die aktuellen gesetzlichen Regelungen wie etwa die Informationsfreiheitsgesetze nicht weit genug. In Bayern, Sachsen und Niedersachsen gibt es diese noch nicht einmal.

Margit Stumpp, Grünen-Sprecherin für Medienpolitik, sagt: „Journalismus braucht besseren Zugang zu Informationen bei Behörden.“ Darüber hinaus fordern die Linken und die Grünen einen besseren Schutz von Informant:innen, mehr Auskunftsrechte und sie bemängeln das neue Staatstrojaner-Gesetz. Die FDP spricht sich unterdessen gegen härtere Maßnahmen aus. „Die Werkzeuge sind da, man muss sie nur konsequent anwenden“, sagt FDP-Politiker Thomas Ha-

cker. Eine Anfrage des Nestbeschmutzers an die AfD blieb unbeantwortet. So ziehen sich die Bundestagsfraktionen aus der Verantwortung und reichen sie in Richtung der Länder weiter. Die ohnehin wenig konkreten Ansätze auf Bundesebene blockiere die Union, so zumindest der Vorwurf des Koalitionspartners SPD und der Oppositionsparteien. Damit bleibt es größtenteils bei Allgemeinplätzen vor der Bundestagswahl im September.

### Keine Selbstverständlichkeit

Pressefreiheit ist keine Selbstverständlichkeit: Sie muss von Politik, Polizei und Zivilgesellschaft gemeinsam getragen werden. Dafür reicht es nicht, sich auf einem funktionierenden Rechtsstaat auszuruhen. Es geht darum, den kritischen Journalismus und dessen Unabhängigkeit zu erhalten – im Interesse einer Gesellschaft, die sich umfassend, unabhängig und frei von Repressionen informieren möchte. Die Probleme der Pressefreiheit sind nicht erst in der Corona-Pandemie entstanden. Aber die steigende Zahl an Übergriffen bei Demonstrationen und verbalen Anfeindungen im Netz schränken die Arbeit der Medienschaffenden ein. Statt sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben, muss gehandelt werden – die Zeit für Sonntagsreden ist definitiv vorbei.

.....  
*Jonas Freudenhammer, Mara Haber,  
Johanna Schröter, Annika Schultz*

## Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach 16 Monaten Pandemie wächst die Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität. Und gleichzeitig sind wir Journalistinnen und Journalisten wohl weitaus besser darin geworden, unseren Beruf unter Coronabedingungen auszuüben, als wir uns das vor zwei Jahren gedacht hätten.

Zum zweiten Mal treffen wir uns im Sommer, wenn eigentlich unsere Jahreskonferenz stattfinden würde, nur virtuell. Aber unser Webinartag im Juni erinnert doch stark an die nicht-virtuelle Konferenz: „Im Visier der Meute“, die „Cryptoparty“ und die Sitzung zu langen Recherchen. Das war der Wunsch unseres Teams.

Und bei den Webinaren ist es wie mit den Konferenzen: Sie leben vom Input der Teilnehmenden. Wir brauchen den Dialog mit den Kolleginnen und Kollegen, die die Konferenz erst zu dem machen, was sie ist. Unser Ziel ist eine Konferenz von Journalistinnen und Journalisten, mit ihnen und für sie. Dazu gehört auch, dass der Netzbeschmutzer, gemacht von Studierenden der Universität Hamburg, auch in diesem Jahr wieder dabei ist und uns Anstöße gibt, über unseren Beruf zu reflektieren.

Und weil sich viel mehr als gedacht, aber nicht alles, online abbilden lässt, hoffen wir darauf, dass wir uns am 1. und 2. Oktober tatsächlich wieder in Hamburg Lokstedt werden treffen können. Mit Gesprächen bei einem Bier bis in die Nacht. Bis dahin sehen wir uns am Bildschirm.

Ihre und Eure Cordula Meyer



im Namen des Netzwerk Recherche Vorstands

ANZEIGE

# GROW



STIPENDIEN FÜR **GEMEINNÜTZIGEN**  
**JOURNALISMUS** VON NETZWERK  
RECHERCHE UND SCHÖPFLIN STIFTUNG

IM **AUGUST** STARTET DIE NEUE AUS-  
SCHREIBUNG. HABT IHR FRAGEN DAZU?

DANN SCHREIBT UNS GERNE AN  
[nonprofit@netzwerkrecherche.de](mailto:nonprofit@netzwerkrecherche.de)



Schöpflin Stiftung :

# Stirbt die Redaktion?

Das mehr als 130 Jahre alte Konzept redaktionellen Arbeitens wird zum Auslaufmodell. Was kommt danach?

Anfang des Jahres entschied sich der Verlag der britischen Tageszeitung Daily Mirror, der Redaktion, wie wir sie kennen, ein Ende zu setzen. Stattdessen soll ein Großteil der Journalist:innen des Mirror künftig permanent von zuhause aus arbeiten. Auch in vielen anderen Redaktionen wird in Zukunft zumindest ein Teil der Belegschaft regelmäßig im Homeoffice arbeiten. Das ergab eine Befragung deutscher, österreichischer und Schweizer Medienmacher:innen zu den langfristigen Folgen der Pandemie, die den Anstoß für das dezentrale Arbeiten gab.

In ihrer langen Geschichte war das Konzept der Redaktion stetem Wandel unterworfen. Der letzte große Umbruch war die Einführung des Newsroom-Prinzips, das nicht nur, aber auch das sprichwörtliche Einreißen von Mauern innerhalb der Redaktion vorsah.

Nun deuten erste Anzeichen darauf hin, dass die festen, traditionellen Redaktionsstrukturen nicht mehr zeitgemäß sind. „Was wir jetzt also brauchen, sind die Orte, an denen die Arbeitsorganisation im Journalismus neugestaltet und erprobt wird“, erklärt der Medienwissenschaftler Christopher Buschow von der Bauhaus-Universität Weimar.

## Die Trends im Journalismus der Zukunft

Doch obgleich das klassische Konzept der Redaktion in Frage gestellt wird, „muss Journalismus immer organisiert stattfinden“, ist Journalistik-Professor Klaus-Dieter Altmeyen überzeugt.

So verlockend dezentrales Arbeiten für einige Redaktionen zu sein scheint, wenn man den Newsdesk durch eine Zoom-Schaltfläche ersetzen und dabei sogar noch die Miete für die Redaktionsräume sparen kann: Fakt ist, dass 96 Prozent der Journalist:innen laut der eingangs erwähnten, länderübergreifenden Studie des Journalisten und Medienmanagers Marcus Hebein in der Pandemie den persönlichen Austausch mit Kolleg:innen vermissen. Ernsthafte Qualitätseinbußen in der Berichterstattung durch flächendeckendes Home-Office konnte die Studie aber nicht feststellen.

Wie Journalismus künftig aussehen könnte, hat Buschow in seiner Veröffentlichung „Change Management and New Organizational Forms of Content Creation“ (2021) herausgearbeitet und dabei drei Trends ausgemacht:

- **Projektfizierung:** Das projektbasierte Arbeiten ist nicht neu. Dank digitaler Kommunikationswege ermöglicht es aber grenzüberschreitende Kooperationen, etwa bei umfangreichen Recherchen wie den Panama Papers.
- **Peer Production:** Initiativen wie WikiTribune, das heutige WT.Social, zeigen, dass Peer Production eine mögliche Alternative sein könnte. Sowohl Altmeyen als auch Buschow gehen aber davon aus, dass sich dieses Modell eher nicht durchsetzen wird. Journalist:innen würden hier nur die Rolle der Faktenchecker:innen einnehmen.
- **Plattformisierung:** Als besonders zukunftsfähiger Trend sticht die Plattformisierung hervor. Hier gibt es zwei Ausprägungen: Journalist:innen orientieren sich auf digitale Plattformen um, auf denen sie eine eigene Marke aufbauen. Teilweise werden sogar neue Plattformen für journalistische Beiträge entworfen.



Großraumbüros sind keine Erfindung aus dem Newsroom-Zeitalter. Redaktionen unterliegen stetem Wandel. Ein Glück! Sonst sähe der Journalismus heute noch aus wie im Jahr 1942: rein männlich und mit fragwürdigem Krawattengeschmack.

Zu Letzterem erläutert Buschow: „Wir reden hier von einem community-fokussierten Journalismus, wobei die große Befürchtung ist, dass wir immer mehr zu Nischen-Medien tendieren und General Interest kaum mehr zu finanzieren ist.“

Auch die Kommunikationswissenschaftlerin Juliane Lischka von der Universität Hamburg beobachtet diese Trends. In der Redaktion einer Schweizer Tageszeitung werde beispielsweise nach wie vor in Ressorts

**Was wir jetzt also brauchen, sind die Orte, an denen die Arbeitsorganisation im Journalismus neugestaltet und erprobt wird**

gearbeitet, allerdings gebe es mittlerweile mehr Projektteams für neuere Formate. Lischka sieht darin eine große Chance: „So würde es einigen Redaktionen gelingen, noch bestehen zu bleiben.“

Allerdings könnte die „Projektfizierung“ zu Lasten der Spezialist:innen in den Redaktionen gehen. Sie könnten durch Generalist:innen ersetzt werden, weil diese in Projektteams eher gefragt sind. Den Expert:innen für bestimmte Berichtsgebiete könnte dann wiederum die „Plattformisierung“ helfen. So bieten beispielsweise die RiffReporter einzelnen Journalist:innen oder kleinen Teams eine Publikations- und Distributionsstruktur für ihre Inhalte.

## Alternative Organisationsformen

Sollten sich die redaktionellen Strukturen wirklich mehr und mehr auflösen, stehen also alternative Organisationsformen bereit. Die RiffReporter sind eine journalistische Genossenschaft, die freien

Journalist:innen die Möglichkeit gibt, ihre Beiträge direkt an die Leser:innen zu verkaufen – und behält dafür eine kleine Provision ein. Die Genossenschaft unterstützt die Journalist:innen mit diversen Dienstleistungen, darunter Weiterbildungen im Projektmanagement und die Bereitstellung eines Content-Management-Systems.

Auch die Strukturen des Recherche-Kollektivs Correctiv lassen Ansätze eines postredaktionellen Organisationsmodells erkennen. Zwar arbeitet Correctiv auch noch klassisch redaktionell, daneben spielen aber „Projektfizierung“ wie auch „Peer Production“ eine große Rolle. Große Recherchen werden oft mit Partnern aus der Medienlandschaft durchgeführt und teilweise werden auch die Bürger:innen miteinbezogen.

## Ist neu wirklich besser?

Beim Blick in die Zukunft sollte allerdings nicht vergessen werden, warum sich das klassische Konzept der Redaktion so lange gehalten hat. Der Austausch untereinander, sei es in der Teeküche, auf dem Flur, im Aufzug oder am Konferenztisch, macht den Journalismus besser. Freie, die davon ausgenommen sind, können immerhin vom Ping-Pong mit guten Redakteur:innen profitieren.

Ohne ein redaktionelles Korrektiv, einen Advocatus Diaboli, besteht die Gefahr, dass sich Journalist:innen in thematischen Nischen verlieren und ihre Themen eher nach individuellem Fachinteresse und nicht nach gesellschaftlicher Relevanz auswählen. Ob und wie die neuen Organisationsstrukturen dieses Schmoren im eigenen Saft zu verhindern wissen, wird die Zukunft zeigen.

Anna Weyer  
 @annaweyer1



# Ignorieren oder konfrontieren?

Wie sich Journalist:innen gegen Hass im Netz zur Wehr setzen können.

„Ich werde dir dein Genick brechen.“ Drohungen wie diese, aber auch Beleidigungen gehören mittlerweile zum Alltag vieler Journalist:innen. Zwar hat endlich auch der Gesetzgeber auf die zunehmenden Verbalattacken reagiert: Wer Hass im Internet verbreitet, muss seit April mit harten Strafen rechnen – doch nicht jede Strafanzeige hat Erfolg.

Wer bekommt den Hass ab?

Insbesondere Medienschaffende, die zu politischen Themen berichten, bekommen den Hass ab: Man solle den Zeit-Reporter Christian Fuchs doch mal bei seinen Lesungen besuchen und den freien Journalisten Julian Feldmann nicht in Ruhe lassen, lauten zwei dieser subtilen Drohungen, die die Betroffenen manchmal bis ins reale Leben verfolgen. Fuchs erzählt fast beiläufig von einem Einbruch in sein Wohnhaus. Aus dem Melderegister hat er sich aus Sicherheitsgründen schon vor langem streichen lassen.

Die Anfeindungen beziehen sich dabei selten auf Inhalte. Anastasia Tikhomirova von der taz beschreibt, dass sie wegen eines Textes über Sahra Wagenknecht online angefeindet wurde. Die Anfeindungen bezogen sich jedoch nur auf ihr Aussehen und Alter, der Artikel wurde zur Nebensache. Wie Tikhomirova geht es vielen Journalistinnen.

Im Jahr 2020 verzeichnete allein die Organisation Hassmeldungen 150.000 Meldungen – dreimal mehr als im Vorjahr. Von diesen wird circa ein Drittel straf-

rechtlich verfolgt. Das Problem betrifft die gesamte Gesellschaft, aber auch gegenüber Redaktionen häufen sich die Fälle. André Steins, der als Redak-

*Wir reichen häufiger Sachen an die Rechtsabteilung weiter. Und ich will nicht sagen, dass wir abgestumpft sind, aber wir haben uns an viele Dinge gewöhnt*

tionsleiter Social Media bei ARD-aktuell arbeitet, sagt: „Wir reichen häufiger Sachen an die Rechtsabteilung weiter. Und ich will nicht sagen, dass wir abgestumpft sind, aber wir haben uns an viele Dinge gewöhnt.“

Was tun gegen Hass im Netz?

Auch mit Netiquette und eingeschränkter Kommentarfunktion kann man Hater nicht so leicht in die Schranken weisen. Seelische oder juristische Unterstützungen können den betroffenen Journalist:innen zumindest im Nachhinein helfen.

Der Deutsche Journalisten-Verband fordert feste Ansprechstellen für Betroffene. Der Verein Neue deutsche Medienmacher\*innen und das No Hate Speech Movement haben bereits einen Online-Helpdesk ein-

gerichtet, der schnelle Gegenmaßnahmen anbietet. Die Medienforscher Leif Kramp und Stephan Weichert haben Strategien zum Umgang mit Hassbotschaften formuliert. Als wichtige Vorgehensweisen empfehlen sie, die Pöbelnden direkt anzusprechen. Auch viele Journalist:innen haben die Erfahrung gemacht, dass Gegenrede hilft. So beantwortet Julian Feldmann, der viel im rechten Millieu recherchiert, auch Zuschriften offenbar feindlich gesinnter Menschen, solange diese noch halbwegs inhaltlich argumentieren.

Die Person hinter dem Text

Bekommen die Hater eine Antwort, sind sie verblüfft, einige entschuldigen sich sogar. So schildert der Zeit-Reporter Fuchs: „Ich habe für mich auch den Anspruch, jeder Person zu antworten, die mir außerhalb eines Shitstorms schreibt. Damit die Person bemerkt: Auf der anderen Seite sitzt auch jemand, da fließt Blut durch die Adern.“

Hassrede wird aus dem Netz nicht verschwinden, aber Journalist:innen können dem Hass begegnen und einander unterstützen. Das wünscht sich auch Fuchs: „Mir hat mal ein kluger Mensch gesagt, dass man Hass nicht mit Hass begegnen soll, sondern nur mit Liebe.“

Johanna Schröter  
 @Journalistweet1

## Vergifteter Arbeitsplatz

Autoritärer Führungsstil und Diskriminierung in Redaktionen belasten die psychische Gesundheit von Journalist:innen. Wie begegnen sie Machtmissbrauch in ihrem beruflichen Alltag?

„Meine Arbeit und die Branche, in der sie stattfindet, haben mich krank gemacht“, schrieb die Investigativjournalistin Pascale Müller Anfang des Jahres in einem Twitter-Thread. Neben prekären Arbeitsbedingungen prangerte sie darin auch destruktive Machtstrukturen in der Medienbranche an, unter denen vor allem von Rassismus betroffene und weibliche Medienschaffende zu leiden hätten. Diese müssten „härter arbeiten, mehr Belege bringen, mehr Quellen haben“ als ihre männlichen Kollegen – sonst mache man sich des Aktivismus verdächtig. Auch Müller selbst sah sich zu Beginn ihrer journa-

*Bei Recherchen wurde mir teilweise von Vorgesetzten vorgeschrieben, was ich zu tragen hätte. Das habe ich leider immer wieder erlebt, dass meine Kleidung kommentiert wurde*

listischen Laufbahn mit solchen Vorwürfen konfrontiert. Einmal habe ihr ein leitender Redakteur für eine Reportage zum Thema sexualisierte Gewalt vorgeworfen, ihre Arbeit sei ein „aktivistischer Akt“. Die

Journalistin sieht das als Beleg für den anhaltenden Sexismus in der Branche. „Es gibt niemanden in der Spiegel-Redaktion, der einen Diesel fährt und Probleme bekommt, weil er einen Pro-Diesel-Kommentar schreibt. Es gibt nur bestimmte Themen, denen dieser Vorwurf gemacht wird“, so Müller.

Eine Frage der Macht

Gerade junge Medienschaffende stören sich zunehmend an antiquierten Einstellungen in männlich dominierten Redaktionen. „Bei Recherchen wurde mir teilweise von Vorgesetzten vorgeschrieben, was ich zu tragen hätte. Das habe ich immer wieder erlebt, dass meine Kleidung kommentiert wurde“, berichtet die Journalistin Isabell Beer. Bevor sie anfing, als Reporterin beim funk-Format „Y-Kollektiv“ zu arbeiten, musste auch sie Erfahrungen mit Sexismus in Redaktionen machen.

Kein Einzelfall, wie eine im medium magazin veröffentlichte brancheninterne Umfrage von Pascale Müller und Eva Hoffmann zeigt: Von 189 befragten Journalist:innen gaben 81 Prozent an, in ihrem Job Sexismus oder andere Formen von Diskriminierung erlebt zu haben. Zwei von drei Befragten berichteten von autoritärer Führungskultur und Mobbing in

Redaktionen. Gerade zu Beginn ihrer Karriere sahen sich viele Journalist:innen diesen Strukturen ausgeliefert. „Im Praktikum, im Volontariat oder auf der Journalistenschule – Machtmissbrauch zeigt sich vor allem dort, wo das Machtgefälle besonders groß ist“, sagte Eva Hoffmann in einem Live-Talk des medium magazins.

Unter Zugzwang

Der Deutsche Journalisten-Verband sieht die leitenden Redakteur:innen in der Pflicht, verantwortungsvoll mit ihrer Machtposition umzugehen. Betroffenen von Sexismus und Diskriminierung rät der Berufsverband, sich an den Betriebsrat zu wenden. Gleichzeitig scheinen die jüngsten Vorfälle für ein Umdenken innerhalb der Redaktionen zu sorgen. Laut Müller und Hoffmann haben inzwischen 19 der 20 größten deutschen Medienhäuser externe Beschwerdestellen eingerichtet. Einige von ihnen bieten zusätzlich psychologische Beratung an. Auch Trauma-Beraterin Petra Tabeling organisiert Resilienz-Workshops für Medienschaffende. Sie empfiehlt Betroffenen, Unterstützungsnetzwerke aufzubauen. „Sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen, kann eine gute Strategie sein, um negativen Konsequenzen für die eigene Psyche vorzubeugen“, so die Journalistin.

Pascale Müller und Isabell Beer geht es inzwischen besser – auch dank beruflicher Veränderungen. Ihre Grundforderungen bleiben bestehen: ein respektvolles Arbeitsumfeld, faire Bezahlung und diskriminierungsfreie Redaktionen.

Alina Schneider  
 @alina\_schdr



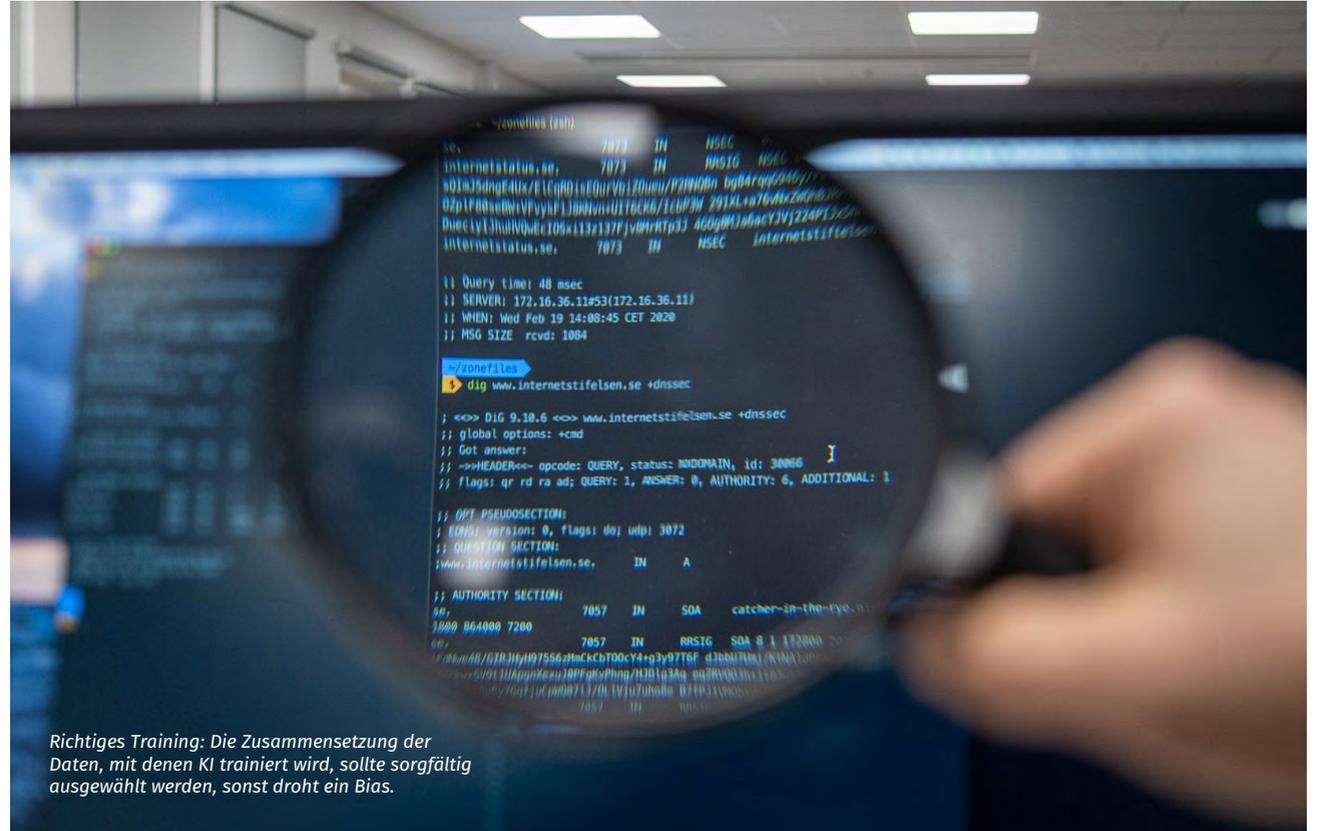
# Workout für Algorithmen

Wie klug Künstliche Intelligenz im Redaktionalltag agiert, hängt davon ab, wie gut wir sie trainieren.

Geht es um die gezielte Recherche in großen Datenmengen, kann KI als Werkzeug für Journalist:innen sehr hilfreich sein. Das zeigen Beispiele wie die große Schufa-Recherche des Bayerischen Rundfunks (BR) und des Nachrichtenmagazins Der Spiegel oder die Untersuchung des Schweizer Fernsehens zu Fake-Followern bei Schweizer Influencern. Denn mithilfe von KI ist es möglich, Informationen aus Datenbanken oder Open Source Intelligence (s. Glossar) zu sammeln oder selbst Datenbanken zu erstellen und diese auszuwerten. Christina Elmer, stellvertretende Entwicklungschefin beim Spiegel und demnächst Professorin an der Technischen Universität Dortmund, erklärt: „Künstliche Intelligenzen haben mit lernenden Systemen zu tun, die auf Daten aufbauend Muster erkennen und diese Muster auf neue Daten anwenden können.“ Hintergrund dieser Entwicklung im Journalismus ist neben der Digitalisierung die Datafizierung. „Und gerade eine Kombination aus neuen Methoden der Datenanalyse mit traditioneller journalistischer Recherche ermöglicht am Ende eine sehr gute Geschichte“, sagt Ulrike Köppen, Leiterin des Datenteams beim BR.

## Üben, üben, üben

KI erleichtert die Arbeit von Journalist:innen durch die Abnahme von repetitiven Aufgaben: Zusammenfassen, Übersetzen oder Transkribieren von Texten sowie Suchmaschinenoptimierung. Das schafft mehr Raum für Kreativität und Zeit für neue Ideen. Jedoch sind sich Journalist:innen der genauen Funktionsweise der neuen Tools oft nicht bewusst. Timo Grossenbacher, Projektleiter Automated Journalism bei der Schweizer Medien-



Richtiges Training: Die Zusammensetzung der Daten, mit denen KI trainiert wird, sollte sorgfältig ausgewählt werden, sonst droht ein Bias.

gruppe Tamedia, spricht gar von einer „Black Box“.

Elmer erklärt: „KI kann erst dann gut unterstützen, wenn man den Bereich klar definiert hat, die von der KI aufgenommenen Informationen gut managen und mit den Ergebnissen strategisch weiterarbeiten kann.“ Es braucht demnach ein Grundwissen – eine Algorithmic Literacy –, wie Werkzeuge mit KI entstehen.

Denn KI kommt dort an ihre Grenzen, wo sie falsch eingesetzt wird. Wer mit KI sinnvoll recherchieren will, braucht „eine allgemeine Affinität zu Technologie-Entwicklungen, Verständnis von Datenanalysen und -auswertungen, Kenntnisse von Programmen, Tools und deren Steuerung und redaktionsspezifische Teamkompetenzen“, sagt Frank Hänecke, Studienleiter der Schweizer Journalistenschule MAZ. Besonders wichtig ist das interdisziplinäre Arbeiten zwischen Journalismus, Programmieren, Statistik und insbesondere Maschinellem Lernen. „Der Vorteil von interdisziplinären Teams ist, dass man aus verschiedenen Perspektiven auf ein Thema schaut. Das ergibt interessantere Hypothesen und die Möglichkeit, in der Redaktion verschiedene Lösungsansätze zu entwickeln“, sagt Köppen. Dazu bedarf es immer neuer Impulse, Reflexion und eines ständigen Trainings der Algorithmen. Denn nur wenn man weiß, wie ein Algorithmus mit Daten umgeht, kann Fehlern vorgebeugt werden. Für die Spiegel-Journalistin Elmer liegt „eine Gefahr in dem Prin-

zip, dass eine künstliche Intelligenz aus den Daten der Vergangenheit lernt und die darin gefundenen Muster und Regeln auf die Zukunft anwendet. Nicht immer wollen wir die Verhältnisse der Vergangenheit aber unsere Zukunft prägen lassen.“

## Falsche Grundannahmen

Konkret heißt das: Enthalten Datensätze, mit denen Algorithmen zu Trainingszwecken gefüttert werden, beispielsweise demographische Verzerrungen (z. B. Überrepräsentation einzelner Gruppen) kann das zu einem Bias gegenüber anderen, oft sozial benachteiligten Gruppen (z. B. Frauen, People of Colour, Homosexuelle, Migranten oder religiöse Minderheiten) führen.

Frauen werden beispielsweise in automatisierten Bewerbungs- oder Kredit-systemen oft benachteiligt, da Männer in der Vergangenheit bevorzugt wurden. Auch Menschen mit dunkler Hautfarbe werden von automatischen Seifenspendern ignoriert oder von selbstfahrenden Autos übersehen, weil in den Trainingsdaten mit hellhäutigen Menschen trainiert wurde. Abgesehen von solchen diskriminierenden Systemen gibt es noch viele andere Bereiche, in denen Fehler auftreten.

Zu Beginn der Covid-Pandemie rechnete die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit einer sehr hohen Mortalitätsrate in Afrika. Das Horrorszenerario trat zum Glück nicht ein. Ein Grund dafür: Die WHO hatte bei ihren Prognosen

mit europäischen Modellen gearbeitet. Afrikas sehr viel jüngere Bevölkerungsstruktur und die Erfahrungen vieler Länder im Umgang mit Infektionskrankheiten waren offenbar nicht ausreichend berücksichtigt worden.

## Ein Blick in die Glaskugel

Wie sieht die Zukunft der KI im Journalismus aus? Laut MAZ-Studienleiter Hänecke werden Recherchewerkzeuge weiter automatisiert und mit Datenströmen verzahnt. Er meint: „Zukünftige Journalist:innen werden häufiger in die Steuerung von KI und Algorithmen involviert sein. Es ergeben sich neue Anforderungen und Rollen, wobei sich klassische journalistische und neue technologiebasierte Kompetenzen und Aufgaben vermischen.“ Auch Grossenbacher von Tamedia prophezeit ein besseres Miteinander von Mensch und Maschine, bei dem Maschinen mehr auf die Bedürfnisse von Journalist:innen ausgerichtet werden. Für Elmer, die bald Journalistik-Studierende mit KI vertraut machen wird, liegt die Zukunft in der Frage: Für wen werden die Inhalte aufbereitet? Sie sagt: „Wir werden zentral technischer werden, müssen uns aber, um weiterhin guten Journalismus zu leisten, mehr mit den Leser:innen auseinandersetzen und nutzer- und zielgruppenorientierter arbeiten.“

Vivien Ulm  
 @ViviUlm

## GLOSSAR

### Lernende Systeme

Maschinen, Roboter und Softwaresysteme, die Aufgaben auf Datenbasis selbstständig erledigen

### Open Source Intelligence (OSINT)

nutzt Informationen aus offenen, frei verfügbaren Quellen zur Informationsgewinnung

### Maschinelles Lernen

Teilgebiet der KI, bei dem Computer lernen, „Muster zu erkennen und einzuordnen, um eigenständig bestimmte Probleme zu lösen“

### Automatisiertes Schreiben

nach einem vorgegebenen Handlungsablauf erstellte Texte von Maschinen



# Du kommst hier nicht rein!

Politische Gruppen, Institutionen und Unternehmen bauen oftmals darauf, dass gewisse Informationen nicht nach außen getragen werden. Wie schaffen es Journalist:innen dennoch, in diesen „closed-shops“ zu recherchieren?

Oft reicht etwas Hartnäckigkeit aus, um Recherchen voranzutreiben. Aber in geschlossenen Milieus oder bei heiklen Themen wie Rassismus, Sexismus oder illegalen Machenschaften sind Journalist:innen häufig doch auf Informant:innen angewiesen. Die muss man aber erst einmal ausfindig machen und dann davon überzeugen, Informationen preiszugeben.

## Die richtigen Personen finden

„Viele Namen findet man durch schlaues Googeln“, sagt Luisa Hommerich. Sie arbeitet im Investigativressort der Zeit und hat deutschlandweit zum Thema Mobbing in der Feuerwehr recherchiert. Über bereits vorhandene Berichterstattung, Anwält:innen, Gewerkschaften, Lokalpolitiker:innen oder auch Frauengruppen habe sie Betroffene ausfindig gemacht. „Strukturelle Probleme kommen durch persönliche Konflikte ans Tageslicht – da kann man ansetzen“, so die Erfahrung der Redakteurin.

Soziale Medien sind ebenfalls eine dankbare Quelle. „Wenn man Themen vorsichtig anspricht, können diese hier bestätigt werden“, sagt Daniel Laufer, Re-

dakteur bei netzpolitik.org. Er hat zu Missständen in Unternehmen recherchiert und Plattformen wie LinkedIn und Xing genutzt, um aktuelle oder ehemalige Beschäftigte zu finden, die er anschließend anzapfen konnte.

Bei Rechten, Corona-Leugnern und anderen Randbewegungen steht hingegen der Messenger-Dienst Telegram hoch im Kurs – hier kann man als Rechercheur leicht ansetzen. „Viele Leute verstehen Telegram nicht und denken, die Gruppen sind geschlossen“, sagt Sammy Khamis, Investigativreporter beim Bayerischen Rundfunk. Tatsächlich seien die meisten Gruppen aber öffentlich einsehbar. Mit der Browser-Extension „Tampermonkey“ und verschiedenen Codes ist es möglich, die persönliche ID von Nutzer:innen zu identifizieren und einzusehen, in welchen Gruppen eine Person aktiv ist und was er oder sie dort postet.

## Der erste Kontakt

Sind potenzielle Ansprechpartner:innen gefunden, ist der nächste Schritt die Kontaktaufnahme. Im digi-

talen Zeitalter geht hier viel online, der Streuverlust sei aber hoch, berichtet Laufer von netzpolitik.org. Wenn er keine Antwort bekommt, versucht er es vor Ort oder per Telefon: „Die wenigsten legen einfach auf und es kommt zumindest zum Gespräch.“

Der erste Kontakt muss dann gut überlegt sein. Zeit-Reporterin Hommerich, die für ihre Recherche mit den Opfern von Mobbing, Rassismus und Sexismus gesprochen hat, warnt: „Man darf diese Leute nicht überfallen.“ Ein erstes unverbindliches Treffen, um Fragen und Absprachen zum Vorgehen und Schutz der Informant:innen zu klären, könne dabei helfen, das Vertrauen der Person zu gewinnen.

## Vertrauen als wichtiger Faktor

Zu einer guten Vertrauensbasis zählt auch der Schutz der Menschen. Auf technischer Seite kann zum Beispiel die Nutzung verschlüsselter Messenger wie Signal hilfreich sein. „Es ist nicht unsere Aufgabe, Menschen vor einer Dummheit zu bewahren. Wir können sie aber nicht sehenden Auges in eine Falle tappen lassen“, sagt BuzzFeed-Reporter Marcus Engert. Welche Maßnahmen tatsächlich getroffen werden, ist das Ergebnis einer individuellen Risikoabschätzung. Generell gelte aber, die Ängste der Menschen ernst zu nehmen und zu berücksichtigen, so Engert. „Ansonsten spricht sich das rum und schadet folgenden Recherchen.“

Mara Haber  
 @MaraHaber1

# Mut zur Lücke

Crowdrecherchen liefern spannende Erkenntnisse, haben aber ein methodisches Problem.

Das Crowdsourcing-Projekt „Wem gehört die Stadt?“ von Correctiv soll den Wohnungsmarkt transparenter machen, so wie es idealerweise nur ein städtisches Immobilienregister kann. Vonseiten der Grundeigentümerverbände wird dabei ein Vorwurf laut: Die öffentliche Recherche stelle Eigentümer:innen und Vermieter:innen an den Pranger.

Jonathan Sachse hat das Verfahren bei Correctiv mit entwickelt: „Negative Reaktionen gab es bei wirklich allen Crowdrecherchen. Das liegt daran, dass man viele Leute erreichen will – da muss man schon eine bestimmte Lautstärke erreichen“, sagt Sachse, der heute das Lokal-Netzwerk des Recherchezentrums leitet. „Einige nehmen das dann als eine politische Kampagne wahr.“

## Das Problem der Verzerrung

Eine Crowdrecherche zeichnet sich durch Belege aus, die die Öffentlichkeit dem Recherche-Team zur Verfügung stellt. Das erhöht die Schwelle der Beteiligung und hier liegt eine Krux. „Die Themen müssen interessieren und auch emotionalisieren. Den Teilnehmer:innen wird ja auch was abverlangt.“ Sie sollen über einen Link Dokumente und Informationen teilen.

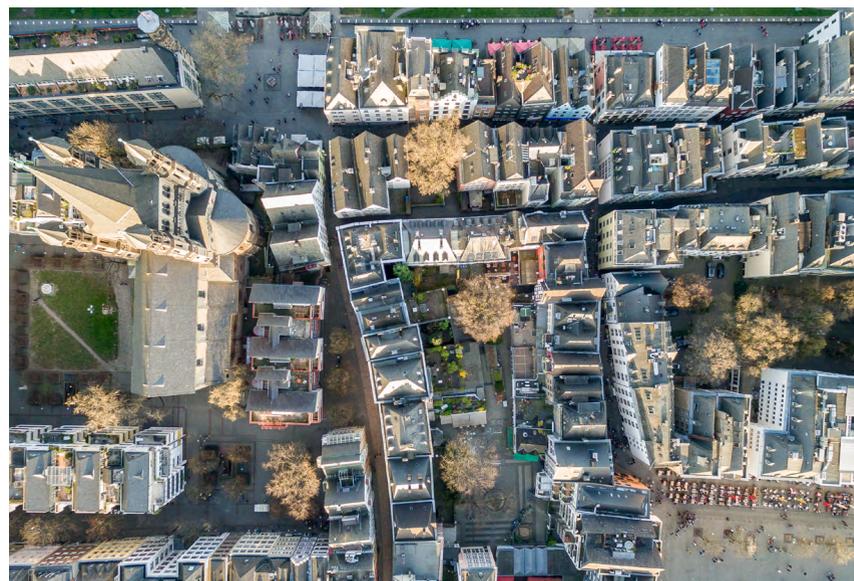
Die Quellen sind für sich genommen solide, aber auf der kumulierten Ebene der Statistik ergibt sich ein Problem. In der empirischen Sozialforschung würde die Stichprobe einer Crowdrecherche als selbstselektiv bezeichnet. Dabei geht es darum, dass die

## Negative Reaktionen gab es bei wirklich allen Crowdrecherchen

Teilnehmer:innen nicht zufällig ausgewählt werden, sondern vorrangig eine Entscheidung treffen, an der Recherche teilzunehmen. Die damit zusammenhängende Verbreitung in Netzwerken trägt ebenfalls zur Über- und Unterrepräsentation von Interessengruppen bei. Das führt in der Summe zu einer verzerrten Sammlung von Quellen. Es ist logisch, dass an „Wem gehört die Stadt?“ eher Personen teilnehmen, die unzufrieden sind.

## Qualitativer Datenjournalismus

Wer sich aus persönlichen oder politischen Gründen für einen transparen-



Obacht bei der Auswertung: Daten aus Crowdrecherchen wie „Wem gehört die Stadt?“ weisen statistische Mängel auf.

ten Wohnungsmarkt einsetzt, kann aus journalistischer Perspektive trotzdem eine gute Quelle sein. Aber in der Reflexion der Methode müssen sich Redaktionen die Frage stellen, welche Aussagen auf einer bestimmten Datengrundlage getroffen werden können und welche nicht. Crowdrecherchen werfen ein gezieltes Schlaglicht auf Missstände. Amtliche Statistiken oder wissenschaftliche Erhebungen können sie nicht ersetzen.

Die Crowdrecherche von Correctiv steht für einen Datenjournalismus, der sozialwissenschaftlich gesprochen stärker qualitativ funktioniert als

quantitativ. „Wem gehört die Stadt?“ überzeugt durch Recherchen, die als „Vertiefungsstudien“ bezeichnet werden können: Bezirke und Straßen, die durch Interviews in ihrer historischen Entwicklung abgebildet werden. Strukturelle Cluster, die auf den Steuerbetrag von großen Investmentfonds hinweisen, sind durch die gezielte Auswahl unzufriedener Mieter:innen sogar besser aufzudecken. „Wem gehört die Stadt“ steht der klassischen Recherche näher als der Statistik.

Niels Schnitt



# Journalismus auf dem Stundenplan

Viele Schüler:innen konsumieren Medieninhalte unreflektiert. Um die Medienkompetenz der Jugendlichen zu stärken, bieten immer mehr Journalist:innen Werkstattgespräche in Schulen an – ehrlich, authentisch und ehrenamtlich. Ein digitaler Schulbesuch.

„Habt ihr den Eindruck, es gibt Medien, denen man mehr, und Medien, denen man weniger vertrauen kann?“, fragt NDR-Journalistin Anja Reschke die Schülerinnen einer Mädchenrealschule im bayerischen Schrobenhausen. Es ist der 3. Mai 2021, Tag der Pressefreiheit, 8:00 Uhr morgens – und heute steht eine Doppelstunde Journalismus auf dem Stundenplan. „Ich glaube der Zeitung eher als dem Internet, weil ins Internet kann halt jeder was reinstellen“, antwortet eine Schülerin. Eine andere findet, was mehr verkauft werde, sei glaubwürdiger.

Dass Panorama-Moderatorin Reschke heute via Zoom am Unterricht teilnimmt, um mit den Schülerinnen über Probleme wie Fake News und Filterblasen, die Aufgabe von Journalist:innen und über den Wert von Journalismus für die Gesellschaft zu diskutieren, geht auf die Initiative „Journalismus macht Schule“ (JmS) zurück. Bundesweit schickt das Bündnis Journalist:innen an Schulen, um Lehrer:innen bei der

**Frau Merkel kann mir nicht vorschreiben, was ich berichte. Ich kann tun und lassen, was ich will**

Vermittlung von Medienkompetenz zu unterstützen und Schüler:innen „zu kritischen und selbstbewussten Akteur:innen der Mediengesellschaft zu machen“, erklärt JmS-Projektkoordinator Jörg Sadrozinski.

Um die Förderung der Medienkompetenz nachhaltig zu gestalten, wird JmS wissenschaftlich begleitet: Ein Projekt unter der Leitung des Hamburger Journalistik-Professors Volker Lilienthal, der auch die Nestbeschmutzer-Produktion leitet, wird für Hamburg und Schleswig-Holstein erhoben, ob der Dialog erfolgreich war und was gegebenenfalls verbessert werden kann.

## Saat der Demokratie

Wie wichtig es ist, der schulischen Medienbildung mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, zeigt der beunruhigende Befund einer Pisa-Sonderauswertung: Mehr als die Hälfte der 15-Jährigen in Deutschland können Fakten nicht von Meinungen unterscheiden

– obwohl dies für einen fundierten demokratischen Diskurs elementar ist. Zudem hält es nur die Hälfte der Jugendlichen für wichtig, sich über aktuelle Ereignisse zu informieren, belegt die UseTheNews-Studie des Leibniz-Instituts für Medienforschung.

Auch das Wissen über Funktion und Arbeitsweisen des Journalismus ist begrenzt. Die Schüler:innen sollen also verstehen lernen, dass Journalist:innen nach klaren ethischen und juristischen Regeln arbeiten – was sie von bloßen Meinungsmachern unterscheidet. Die Initiative bietet daher nicht nur eine gute Möglichkeit, um über den Journalistenberuf zu informieren und Interesse für ihn zu wecken, sondern nebenbei auch eine Saat der Demokratie zu säen, sagt Jens Meyer-Odedwald, Chefredakteur des Hamburger Abendblatts.

## „Das ist echt irre“

Ziel der Schulbesuche ist ein Gespräch auf Augenhöhe, eine lebhaft Diskursion mit den Schüler:innen, in der auch persönliche Erfahrungen der Medienschaffenden eine Rolle spielen. Im Jahr 2015 musste Reschke nach einem Kommentar zur Flüchtlingshetze viel Kritik und Hass im Netz einstecken – ein Thema, das die Schülerinnen der Mädchenrealschule Schrobenhausen brennend interessiert. Offen und ehrlich berichtet Reschke über ihre Gefühle und den Umgang mit den teils radikalen Reaktionen und macht gleichzeitig auf ein weiteres, wichtiges Thema aufmerksam: das Privileg der Meinungs- und Pressefreiheit. „Man muss zwar mit Kritik und Gegenwind klarkommen, aber man darf alles sagen“, erklärt sie den Jugendlichen. Auf die Frage einer Schülerin, von wem sie beim Schreiben des Kommentars zensiert wurde, verleiht Reschke ihrer Stimme Nachdruck: „Gott sei Dank werde ich gar nicht zensiert. Frau Merkel kann mir nicht vorschreiben, was ich berichte. Ich kann tun und lassen, was ich will. Und das ist echt irre!“

Um Schüler:innen journalistische Arbeitsweisen und Probleme aus dem Arbeitsalltag näherzubringen, greifen einige Journalist:innen auf praktische Übungen und Beispiele zurück, die man auch auf der Website von JmS findet. Meyer-Odedwalds Klasse stimmte zu Beginn der Schulstunde ab, welche der zehn gezeigten Nachrichtenmeldungen wahr und welche erfunden sind. Ste-

phan Fritzsche, Kulturchef von NDR Info, spielte den Schüler:innen ein Video aus dem Jahr 2017 vor, in dem Donald Trumps damalige Beraterin Kellyanne Conway von „alternativen Fakten“ statt Lügen sprach – und kam so auf die Problematik von und den Umgang mit Fake

ken, die sie interessant finden“, hatte ihm die Lehrerin der Klasse bei einem vorherigen Telefonat geraten. „Und sie hatte Recht“, erzählt der Radiomacher begeistert.

Das Interesse an den Werkstattgesprächen ist groß: Mehr als 3.000 Schulen in Deutschland nahmen rund um den Internationalen Tag der Pressefreiheit an der Initiative teil. Allerdings sollten solche Veranstaltungen bereits in Grundschulen angeboten werden, findet NDR-Kulturchef Fritzsche, denn „wenn du keine Ahnung hast, was auf dich in der digitalen Medienwelt einprasselt, dann bist du verloren“.

Doch nicht nur die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen muss gefördert werden. Auch manche Lehrer:innen weisen große Defizite im Bereich der Medienbildung auf. Das liege unter anderem daran, dass Medienkunde noch kein Bestandteil der Lehrkräfteausbildung ist, bemängelt



Anja Reschke wird im digitalen Klassenzimmer deutlich: „Gott sei Dank werde ich gar nicht zensiert.“

News zu sprechen. Bei Jonny Thumb, Autor der N-JOY Morningshow, ergab sich ein spontanes Rollenspiel aus der Dynamik des Gesprächs. Ein engagierter Schüler mimte „Mr. TikTok“ und diskutierte mit seinen Mitschüler:innen über Inhalte und Richtlinien der Video-Plattform. Thumb moderierte.

„Mach dich locker. Die Schüler:innen werden dich eh in die Richtung len-

Kerstin Schröter, ehemalige Journalistin und heutige Lehrerin, die auch bei JmS aktiv ist. Demnach müssen auch Lehrkräfte verstärkt geschult werden, um die Schüler:innen in einem kritischen und kompetenten Umgang mit den Medien unterstützen zu können.

Anna Kustermann



# Journalismus in Hochgeschwindigkeit

Ob Ministerpräsidentenkonferenz oder Kanzlerkandidatenkür, immer wieder konnten Journalist:innen zuletzt minutiöse Protokolle vertraulicher Sitzungen veröffentlichen. Echtzeitjournalismus ist aber kein Wert an sich.

Paul Ronzheimer, stellvertretender Chefredakteur der Bild-Zeitung, steht wie kaum ein anderer für diese Form der Berichterstattung im Expresstempo. Immer wieder konnte er in den vergangenen Monaten auf Twitter und bei Bild Live über die aktuelle Stimmungslage in vertraulichen Sitzungen berichten und brisante Details offenbaren. „Der Zugang richtet sich nach den individuellen Interessen und ein bisschen nach dem Chaoszustand“, sagt Ronzheimer dem Nestbeschmutzer. „Wenn es verschiedene Interessen und nicht eine geschlossene Parteilinie gibt, ist es immer einfacher.“

Diese Art der Live-Berichterstattung scheint vollständige Transparenz aus den Hinterzimmern der Macht herzustellen. Schlagen Relevanz und Aktualität Diskretion und Quellenprüfung? Spiegel-Redakteur Veit Medick begründete seine eigene Rastlosigkeit auf Twitter gegenüber dem NDR-Magazin Zapp mit der demokratischen Funktion der Medien: „Das ist schon unsere Aufgabe zu gucken: Was passiert da eigentlich? Das ist für die innerparteiliche Willensbildung, aber auch für die gesellschaftliche Meinungsbildung total relevant.“

## SMS vom Bild-Reporter

Dabei bleibt außen vor, dass Vertraulichkeit und Verbindlichkeit ebenfalls Voraussetzungen für Demokratie und die Basis politischer Kompromisse sind. Das stört Bild-Vize Ronzheimer wenig. Er verweist auf unterschiedliche Interessen von Politik und Medien und auf die weiterhin bestehenden Hintergrundgespräche mit wenigen Beteiligten, die wirklich vertraulich bleiben könnten.

Inwiefern bei einem derart hohen Veröffentlichungsdruck journalistische Standards eingehalten werden



Allzeit bereit: Bild-Vize Ronzheimer hängt sogar während der Live-Übertragung am Smartphone.

Verlassen die Live-Chronisten dabei ihre klassische Beobachterrolle? Ja, sagt Politikwissenschaftler und Publizist Albrecht von Lucke: „Der Journalist wird Akteur! Es ist offensichtlich so, dass die Gremiensitzungen nicht mehr unbeeinflusst davon bleiben, was außerhalb passiert.“ Außerdem warnt er: „Es ist nicht alles repräsentativ, was durchgestochen wird. Es ist immer ein einseitiges und interessengeleitetes Durchstechen.“

können, bleibt fraglich. Ronzheimer gibt an, gemeinsam mit seinem Team jedes Zitat vorher durch mindestens zwei Quellen zu verifizieren. Bei größeren Geschichten würden die Betroffenen sogar während der laufenden Sitzung konfrontiert. Das führt mitunter zu bizarren Situationen. So erzählte Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) im Interview mit der Zeit, dass er sich während einer Ministerpräsidentenkonferenz über eine Indiskretion beschwert habe. Kurze Zeit später habe er eine SMS von einem Reporter der Bild-Zeitung bekommen, der sich wiederum auf seine Beschwerde bezogen habe. Exklusive Einblicke zu erhaschen, ist in der Pandemie leichter als je zuvor. In digitalen Sitzungen lässt sich noch weniger kontrollieren, wer was durchsticht.

Bild-Journalist Ronzheimer sieht darin kein Problem: „Natürlich hat derjenige, der das raussticht oder bestätigt, möglicherweise ein persönliches Interesse. Aber solange der Satz so gefallen ist, ist er erst einmal gefallen. Ich denke dann nicht darüber nach, wen er damit beschädigen möchte.“

Die Politik reagiert bisher eher lethargisch. Sitzungen, bei denen keine Handys zugelassen werden, gibt es kaum. Spätestens zu den Koalitionsverhandlungen im Herbst dürfen Ronzheimer, Medick & Co. also wieder auf Exklusivmeldungen hoffen.

Jonas Freudenhammer  
 @freudenhammer

# Ein prekäres Verhältnis

Die Branche ist immer noch eher den Privilegierten vorbehalten. Was macht das mit unserer Profession?

Häufig sind journalistische Praktika Ausbeutung. Sie sind in Studium oder Ausbildung verpflichtend, werden dabei aber überwiegend nicht vergütet – weil Medienunternehmen sie gezielt auf drei Monate befristen. Genauso lange darf ein Pflichtpraktikum dauern, ohne dass eine Bezahlung fällig wird. Jackpot also für Arbeitgeber:innen!

Und was macht der journalistische Nachwuchs, der ein unbezahltes Praktikum nicht durch die nötigen finanziellen Ressourcen auffangen kann? Der wird vom sozialen Sieb aussortiert.

Thomas Schnedler promovierte 2017 an der Universität Hamburg zum Thema „Prekäre Arbeit im Journalismus“ und beurteilt die Entwicklung kritisch: „Ich sehe es als große Gefahr, dass der Beruf, der ohnehin schon eher von Menschen aus der Mittelschicht mit akademischer Bildung geprägt ist, sich noch stärker zu einem Beruf entwickelt, den man sich tatsächlich leisten können muss.“ Die geringe Bezahlung könnte all jene vom Journalismus abschrecken, die nicht auf andere Mittel zurückgreifen können. „Wenn die soziale Selektion schon beim Berufseinstieg

stattfindet, dann kann das auch dazu führen, dass ganz viele Sichtweisen verlorengehen und auch die Diversität im Journalismus ein Wunschtraum bleibt“, meint Schnedler.

## Fast alle Volos haben studiert

Eine Erhebung zum Nachwuchs in der ARD spiegelt diese Entwicklung wider: Knapp 95 Prozent der Volontär:innen haben studiert – mehr als fünfmal so viele wie in der Gesamtbevölkerung. „Es wird hier fast nur eine ganz bestimmte gesellschaftliche Gruppe bedient“, sagt auch Caroline Schmidt-Gross, Dozentin an der Akademie für Publizistik in Hamburg. „Von den Volontär:innen, die ich unterrichtete, kommen nur langsam mehr Menschen mit einem multikulturellen Hintergrund in die Seminare, aber viele sind es nicht.“ Die Vereinigung möglichst diverser Sichtweisen im Journalismus scheint Wunschdenken zu bleiben. Außerhalb der Medienbranche wird das Problem allerdings kaum wahrgenommen. „Die meisten Konsumenten wissen gar nicht, unter welchen prekären Bedingungen Journalismus

eigentlich produziert wird“, sagt Jana Rick, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsprojekt „Prekarisierung im Journalismus“ an der LMU München. Thomas Schnedler, Projektleiter bei Netzwerk Recherche, plädiert für Solidarität „auch von denjenigen, die einen sicheren, gut bezahlten Job haben“. Diese „generationsübergreifende Solidarität“ sollte nicht nur unter Journalist:innen herrschen, sondern auch von den Arbeitgeber:innen gezeigt werden. Verbandsvertreter:innen wollten sich zu dem Thema nicht öffentlich äußern.

Das ZDF hat angekündigt, ab dem 1. Juli Praktika mit 350 Euro zu vergüten. Das nicht gerade üppige Honorar wurde daraufhin als großer Erfolg gefeiert. Eine angemessene Bezahlung für ein journalistisches Praktikum sollte aber nicht als ein Privileg glorifiziert werden, sondern ein Grundrecht sein. Der Profession drohen sonst „elitärer Bubble-Journalismus oder verschuldete Berufseinsteiger:innen“, twitterte die Journalistin Luisa Thomé. Touché.

Eileen Berger



# Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser?

Immer wieder erlebt der Dokumentarfilm neue Grenz- oder gar Skandalfälle. Warum eigentlich?

Dokus sind ins Gerede gekommen. Das Problem hat eine Vorgeschichte. „Scripted-Reality-Methoden bei WDR-Vorzeige-Dokus?“, fragte Übermedien Anfang 2019 provokant. Wenige Wochen nach Bekanntwerden der Fälschungen von Claas Relotius sorgten drei Dokumentarfilme des Formats „Menschen hautnah“ für Aufsehen. Dieselben Protagonist:innen wurden in den Filmen mit unterschiedlichen Namen und teils widersprüchlichen Geschichten dargestellt, einige sogar über eine Komparsenvermittlung rekrutiert. Der WDR sprach von „Vertrauensbruch“, trennte sich von der Autorin und kündigte zusätzliche Kontrollmechanismen an.

## Anderer Sender, ähnliches Problem

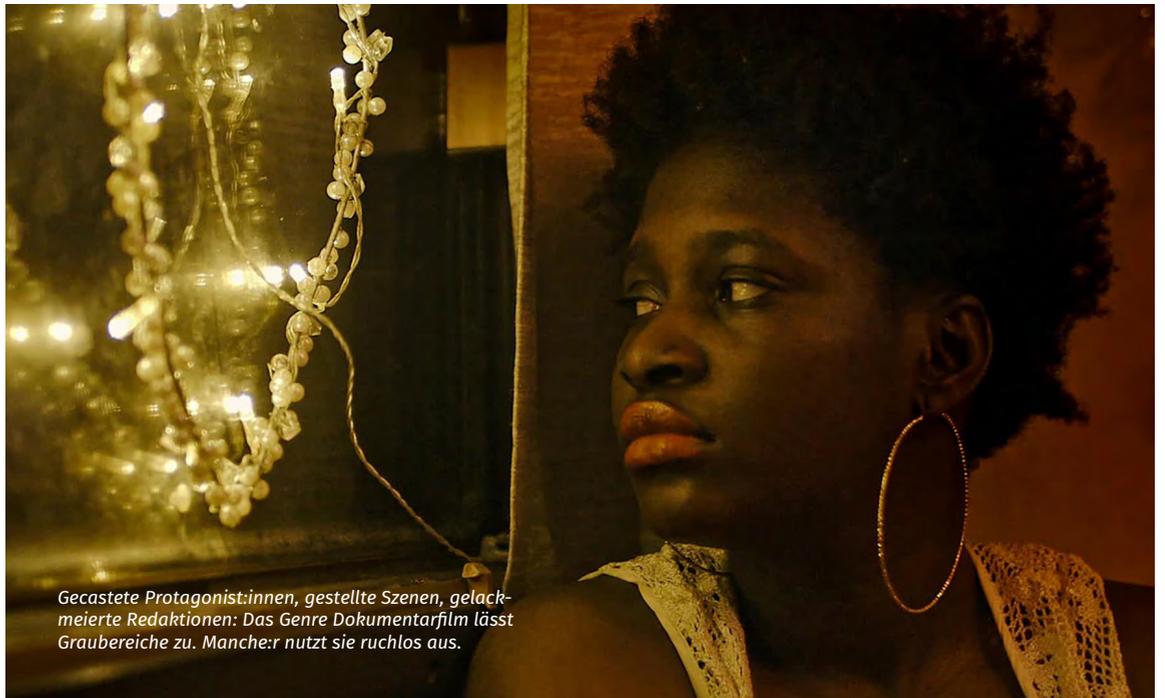
Nachhaltige Veränderungen? Offenbar nicht im Rest der Branche. Denn im März dieses Jahres deckte das NDR-Format STRG\_F dann auf, dass der preisgekrönte und vom NDR koproduzierte Dokumentarfilm „Lovemobil“ das Publikum täuscht. Regisseurin Elke Lehrenkrauss gibt in ihrem Film Laiendarstellerinnen als Sexarbeiterinnen aus, weite Teile des Films sind inszeniert – ohne Kenntlichmachung.

Das Vertrauen zwischen Redaktion und Autorin sei missbraucht worden, heißt es in einer NDR-Stellungnahme. Man habe von den Inszenierungen nichts gewusst. „Wir sind alle nicht auf die Idee gekommen,

*Wir sind alle nicht auf die Idee gekommen, dass das gewissermaßen gehobenes Scripted Reality war*

dass das gewissermaßen gehobenes Scripted Reality war“, sagt Dirk Neuhoff, Leiter Dokumentation und Reportage beim NDR. Für Christoph Terhechte, der das Dokumentarfilmfestival DOK Leipzig leitet, wirken viele der Szenen offensichtlich gestellt. „Der Verdacht, dass da inszeniert worden ist, liegt für jeden erfahrenen Fernseh- oder Filmmenschen auf der Hand.“

Dass es sich nicht um einen „schmutzig gedrehten“ Dokumentarfilm gehandelt habe, bei dem die Kamera ohne weiteres Arrangement einfach mitläuft, sei Neuhoff und seinen Kolleg:innen bewusst gewesen. „Wir haben das als besondere Stärke des Films gesehen. Was wir nicht gesehen haben und auch nicht sehen konnten, dass die Protagonisten Darsteller waren.“ Auf die Frage, ob Elke Lehrenkrauss, die bei der Produktion fast alles allein gemacht hat und mit „Lovemobil“ ihren Debütfilm drehte, intensiver vom NDR hätte betreut werden müssen, antwortet Neuhoff, das sei „möglicherweise richtig“. Nach interner Bewertung habe sich jedoch gezeigt, dass die Redaktion ihre Arbeit gut gemacht habe. „Wenn es darum ging zu helfen, haben wir



*Gecastete Protagonist:innen, gestellte Szenen, gelackmeierte Redaktionen: Das Genre Dokumentarfilm lässt Graubereiche zu. Manche:r nutzt sie ruchlos aus.*

das getan.“ Künftig wolle man Debütant:innen bei Auftragsproduktionen dazu raten, mit einer Produktionsfirma zusammenzuarbeiten. „Ob es dann nicht passiert wäre, kann ich nicht sagen. Wir haben aber andererseits auch nie Hinweise gehabt, dass das alles furchtbar schwierig ist.“

## Unter anderen Vorzeichen

In den Produktionsverträgen soll künftig festgehalten werden, welche Regeln bei der Umsetzung eines Dokumentarfilms gelten. Die Abnahme könnte dann von zwei statt von einem: Redakteur:in durchgeführt werden. Zudem will man Recherchen stichprobenartig noch genauer prüfen. „Vertrauen ist gut, ein bisschen Kontrolle hier und da ist besser, ohne in eine Kultur des Misstrauens abzugleiten“, sagt Neuhoff. Zu ungewollter Aufmerksamkeit im Zuge der Debatte um „Lovemobil“ gelangte auch der Film „Die Un-

beugsamen“. Die Zeit unterstellte Regisseur Marc Wiese unlautere Methoden – unter anderem beim Umgang mit schützenswerten Quellen. Der redaktionell verantwortliche SWR steht zu Wiese. Es habe in den verschiedenen Stadien der Produktion intensive Gespräche mit Regisseur und Produzent zum Thema Sicherheit der Protagonist:innen gegeben, sagen die zuständigen SWR-Redakteur:innen Gudrun Hanke-El Ghomri und Bernd Seidl. Regisseur Wiese ging erfolgreich juristisch gegen die Berichterstattung der Zeit vor. Mittlerweile sind die Artikel offline.

Zwei unterschiedliche Fälle, die zeigen: Vertrauen ist und bleibt die wichtigste Währung zwischen Redaktionen und Autor:innen. Hundertprozentige Sicherheit wird es nicht geben können, nicht alles kann überprüft werden. Gegen gezielte Täuschungsabsichten sind die Redaktionen im Alltagsgeschäft machtlos. Man denke nur an den Fernsehjournalisten Michael Born, der 1996 wegen gefälschter Dokufilme sogar ins Gefängnis musste.

Die jüngsten Fälle aus den vergangenen Jahren sollten die Sender sensibilisieren und interne Kontrollmechanismen von Zeit zu Zeit neu justiert werden. Der Dokumentarfilm-Professor und Publizist Dietrich Leder meint: „Der Dokumentarfilm bleibt eine prekäre Filmsorte, die um Aufmerksamkeit kämpfen muss.“ Er entstehe letztlich als ein „subjektiv geprägtes Bild der gesellschaftlichen Wirklichkeit mit Grauzonen, blinden Flecken und Grenzen der Darstellbarkeit“. Das erklärt vielleicht auch, warum ausgerechnet das Genre Dokumentarfilm so anfällig ist.



*„Lovemobil“ suggerierte Authentizität und täuschte damit das Publikum.*

Simeon Laux  
 @Meerteiler



# Neustart im Lokalen

Das digitale Stadtmagazin RUMS aus Münster machte es vor, aber mit Katapult MV und VierNull warten schon die nächsten Projekte, um den Journalismus in ihren Regionen zu reaktivieren.

Dem Lokal- und Regionaljournalismus geht es nicht gut: Jedes Jahr wird es schwerer, ihn zu finanzieren, weil sich die Zeitungen immer schlechter verkaufen. Seit 1995 sind ihre Auflagen um mehr als acht Millionen Exemplare auf rund zehn Millionen gesunken. Die Kombination aus Abonnements und Werbeeinnahmen als Geschäftsmodell funktioniert nicht mehr, jedes Jahr fusionieren Redaktionen wie die der Münsterschen Zeitung und der Westfälischen Nachrichten – aber wo etwas wegfällt, da entsteht Platz für Neues. Digitale, unabhängige und konstruktive Start-Ups wie RUMS, VierNull oder Katapult MV wollen die Medienlandschaft in ihren Regionen vielfältiger machen, lokalen Journalismus jedoch anders interpretieren.

*Wir wollten die Lücke schließen, die entsteht, wenn in den immer kleiner werdenden Redaktionen keine Zeit mehr für Recherche bleibt*

In Münster feierte das digitale Stadtmagazin RUMS („Rund um Münster“) im März sein einjähriges Bestehen. Redaktionsleiter Ralf Heimann und seine Mitarbeitenden informieren ihre Abonnent:innen zweimal in der Woche mit einem Newsletter und sonntags in einer Kolumne über das politische und kulturelle Geschehen in ihrer Stadt. Weniger Themen, mehr Tiefenrecherche und transparentes Arbeiten, um den Herausforderungen des lokalen und regionalen Journalismus zu begegnen: „Wir wollten die Lücke schließen, die entsteht, wenn in den immer kleiner werdenden Redaktionen keine Zeit mehr für Recherche bleibt“, sagt Heimann. Von Münster aus wollen die Macher:innen auch auf andere Städte schauen und versuchen, Rückschlüsse auf ihre eigene Umgebung zu ziehen. „Wenn es zum Beispiel um eine mögliche autofreie Innenstadt geht, schauen wir, wo sie schon existiert, wie sie funktioniert und was sie für Folgen hatte. Das können wir dann wieder auf Münster beziehen“, erklärt Heimann.

## Aus Konkurrenten werden Partner

Noch ganz am Anfang ist dagegen ein Online-Projekt aus Düsseldorf: Anfang Mai riefen unter anderem die früheren Lokalchefs der einstigen Konkurrenten Rheinische Post und Westdeutsche Zeitung (mittlerweile ein Zeitungs-Zombie), Christian Herrendorf und Hans Onkelbach, VierNull ins Leben. Das Start-Up will mit Analysen, Reportagen und Portraits aus Politik, Wirtschaft, Verkehr und Umwelt über die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt berichten. Am Abend kommt noch ein kurzer Nachrichtenüberblick dazu. Statt täglich drei Lokalseiten zu füllen, wollen die Gründer nur wenige, dafür aber sehr fundierte Texte liefern. An der Vielfalt im Team müssen sie noch arbeiten, aber „wir wollen einen Beitrag zur publizistischen Vielfalt in Düsseldorf leisten und dadurch zur Qualität der Berichterstattung beitragen“, sagt Herrendorf. Im Juni ist zudem mit Katapult MV eine neue Regionalzeitung für Mecklenburg-Vorpommern gestartet. Katapult ist bekannt dafür, Dinge anders zu

## LOKALJOURNALISMUS AUS NÜRNBERG



Mitten in der ersten Corona-Welle setzte Alexandra Haderlein ein Zeichen gegen den schleichenden Verlust von Pressevielfalt in Nürnberg. Ihr Lokalblog Nürnberg ging vor etwas mehr als einem Jahr mit dem Ziel an den Start, eine neue Form von Lokaljournalismus zu erproben: werbefrei, Community-orientiert, konstruktiv – und gemeinnützig. Das stetig wachsende Team ehrenamtlicher Helfer:innen, das mittlerweile unter dem neuen Namen Relevanzreporter firmiert, recherchiert seither lösungsorientierte Geschichten aus der Region, verschickt einen wöchentlichen Newsletter, macht einen Podcast und setzt sich vor allem sehr intensiv mit den Leser:innen auseinander. Nach einer Anschubfinanzierung durch das Grow-Stipendium, das Netzwerk Recherche seit 2016 gemeinsam mit der Schöpflin Stiftung an Gründer:innen im gemeinnützigen Journalismus vergibt, versucht die Redaktion aktuell, ein nachhaltiges Geschäftsmodell auf die Beine zu stellen. Denn auch die Pionier:innen im gemeinnützigen Journalismus brauchen für ihren Beitrag zur Pressevielfalt eine solide finanzielle Basis. (red)

machen: Karten und Grafiken statt Bilder, ein Fokus auf Print-Produkte und mit konsequenter Haltung wächst das Magazin seit seiner Gründung im Jahr 2015 stetig. Immer wieder trägt Gründer Benjamin Fredrich Streit mit anderen Medien öffentlich aus, etwa mit der Süddeutsche Zeitung oder dem Medienblog Übermedien. Diese Art stößt nicht immer auf Zustimmung, Aufmerksamkeit verschafft sie Fredrichs Projekten allemal.

Auch die zunächst nur online erscheinenden Regionalnachrichten aus Mecklenburg-Vorpommern sollen sich von anderen Angeboten unterscheiden. Wie das Mutterblatt will auch Katapult MV auf datengetriebenen Journalismus setzen. „Passiert ein Unfall auf der A20, werden wir das nicht unbedingt mit einem emotionalen Foto melden. Stattdessen wollen wir schauen, zu welchen Uhrzeiten es besonders viele Unfälle gibt oder Statistiken auswerten, welche Abschnitte besonders gefährlich sind und so generalisierende Aussagen treffen“, erklärt Fredrich. Ganz ohne „normal“ bebilderte Artikel wird aber auch Katapult im

Lokalen nicht auskommen. Fredrich geht von einem 50:50-Verhältnis aus. Die Regionalzeitung hat dabei jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit und will nicht ganzheitlich abbilden, was in Mecklenburg-Vorpommern passiert.

## Suche nach Geschäftsmodell

Was die digitalen Lokalmedien miteinander verbindet: RUMS, VierNull und Katapult MV reagieren mit neuen Ideen auf die alarmierenden Entwicklungen im Lokaljournalismus. Was sie aber ebenfalls eint: die Suche nach einem funktionierenden Geschäftsmodell. Alle Angebote sind werbefrei und von ihrer Leserschaft durch Spenden und Abonnements finanziert. RUMS sorgte für Aufsehen in der Medienbranche, als das Start-Up nach sechs Monaten eine Paywall für ihren Newsletter einführte und ein knappes Drittel ihrer Leserschaft daraufhin ein Abo abschloss. Das war eine Konversionsrate, die weit über die Erwartungen hinausging. Etwa 1.600 Menschen bekommen den Newsletter mittlerweile. Das Projekt trägt sich dadurch selbst, auch wenn kaum Gewinn übrigbleibt. „Natürlich freuen wir uns sehr darüber, aber ich hätte mir gewünscht, dass wir noch schneller wachsen“, bekennt Heimann. VierNull hat über eine Crowdfunding-Aktion zumindest so viel eingenommen, dass die Grundkosten gedeckt sind und ein Budget für freie Autor:innen bleibt. Die Gründer finanzieren sich unterdessen über andere Projekte. Katapult MV hat dagegen innerhalb von nur vier Tagen durch eine Crowdfunding-Aktion 19.000 Euro in Form von Abonnements gesammelt. Je mehr Abos noch dazu kommen, desto mehr Büros möchte Fredrich in verschiedenen Städten in Mecklenburg-Vorpommern eröffnen. Zunächst ist das Projekt für ein Jahr finanziert. „Jetzt kommt es darauf an, dass wir auch wirklich gute Arbeit machen und diesen Vertrauensvorschuss nutzen“, sagt Fredrich. „Es liegt an uns.“

Annika Schultz  
 @AnnikaStz

## IMPRESSUM

nestbeschmutzer.  
 Zeitung zur Webinarreihe 2021  
 von Netzwerk Recherche

Eine Produktion der Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Hamburg für Netzwerk Recherche in Kooperation mit Message, der Internationalen Zeitschrift für Journalismus. Berlin/Hamburg, Juni 2021

Herausgegeben von Netzwerk Recherche e.V. Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin www.netzwerkrecherche.org Julia Stein (V.i.S.d.P.)

**Projektleitung:**  
 Prof. Dr. Volker Lilienthal, Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für Praxis des Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg

**Redaktionsleitung:** Malte Werner

**Redaktion:** Eileen Berger, Anna Ehlebracht, Jonas Freudenhammer, Mara Haber, Maren Jensen, Philine Klinger, Anna Kustermann, Simeon Laux, Betül Sarikaya, Alina Schneider, Niels Schnitt, Johanna Schröter, Annika Schultz, Luka Simon, Vivien Ulm, Anna Weyer

**Fact-Checking-Unit:** Jan Ludwig

**Layout:** Ute Lederer

**Titelseite Grafiken:**  
 Grafik Vogel: Sergey Yakovlev/fotolia.com  
 Grafiken Teaser Titelseite: pixabay/Janson\_G (Abspernung); pxhere/@mbpogue (Kreide)



# Adieu, Terminjournalismus!

Bei den Lokalzeitungen tut sich etwas. Sie werden digitaler und stellen sich inhaltlich neu auf. Nicht jedem gefällt das.

Seitenlange Berichterstattung über Schützenfeste, Jahreshauptversammlungen der Metzgerinnung oder Stadtratssitzungen – all das ist in den lokalen Nachrichten Ostfrieslands so gut wie Vergangenheit. „Wir haben den Terminjournalismus nahezu abgeschafft“, sagt Joachim Braun, Chefredakteur der Zeitungsgruppe Ostfriesland, unter deren Dach täglich die Ostfriesen-Zeitung (OZ) erscheint. Vereinsberichte werden nur noch in einer wöchentlichen Beilage publiziert.

Braun will damit einen Perspektivwechsel herbeiführen – und selbst Themen setzen. Denn aus seiner Sicht würden viel zu häufig die Interessen von Amt- und Würdenträgern aus der Region von Lokaljournalist:innen berücksichtigt – und nicht die der Leser:innen.

## Mehr Kündigungen – gut so!

Den Schritt, eigene Themen zu setzen, begrüßt Astrid Csuraji, Mitbegründerin des Innovationslabors „tactile.news“, das versucht, Lokaljournalismus digitaler zu machen. „Gerade die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig die Nachrichten



Die Redaktion der Ostfriesen Zeitung in Leer hat ihrer Leserschaft einiges an Veränderung zugemutet. Chefredakteur Joachim Braun hält das für alternativlos.

und den Logistikbereich. „Das ist doch wirklich Wahnsinn. Früher hat man mit 3,50 Euro kalkuliert“, sagt Braun. Hinzu kämen steigende Druckkosten.

Das E-Paper der OZ kostet hingegen nur 23 Euro monatlich und ist nicht nur für die Leser:innen erschwinglicher. „Der Gewinn ist für uns sogar größer als mit der gedruckten Version“, so Braun. Ziel ist es daher, so viele Leser:innen wie möglich zum Online-Angebot zu locken. „Es ist der einzige Weg“, sagt er. In der Summe verdiene die Redaktion aufgrund der größeren Abonnementzahl zwar noch mehr Geld mit der Printzeitung. „Print ist aber auf Dauer nicht erfolgreich und daher müssen wir umdenken“, sagt der Chefredakteur.

## Neue Konzepte in Köln

Umdenken will auch der 145 Jahre alte Kölner Stadtanzeiger der DuMont-Mediengruppe. Dafür nahm der ehemalige Handelsblatt-Redakteur Martin Dowideit die neue Position des „Head of Digital“ ein und führte eine Reihe neuer Produkte ein: Den Newsletter „Stadt mit K“, der bereits 50.000 Abonnenten zählt, sowie einen Podcast. Und auch für das E-Paper hat sich Dowideit viel vorgenommen: Ziel ist es, bis Jahresende online mehr als 14.000 Voll-Abos abzuschließen, aktuell sind es noch 9.000.

OZ-Chef Joachim Braun sieht die Entwicklungen des Kölner Stadtanzeigers positiv – glaubt aber, dass nicht nur der digitale Wandel wichtig ist. „Wir haben es geschafft, dass wir bei der OZ die Zahl der zu produzierenden Seiten um ein Drittel reduziert haben, die Zahl der Reporter aber gleichgeblieben ist – weil Qualität eben mehr Zeit braucht“, sagt Braun. Die Lokaljournalist:innen in Ostfriesland haben demnach mehr Zeit, an einem Bericht zu arbeiten und tiefer in die Recherche einzusteigen – etwas, das aufgrund des Kostendrucks bei vielen anderen regionalen Tageszeitungen oft nicht möglich sei, sagt Braun. Um wieder mehr Vertrauen beim Publikum zu schaffen, sei es daher nicht nur wichtig, ein digitales Angebot zu schaffen, sondern mit qualitativen Analysen und Recherchen zu überzeugen. Und dafür reicht der Terminjournalismus nicht mehr aus.

Maren Jensen

ten im Lokalen sind. Die Zeit der täglich erscheinenden Lokalzeitung ist aber vorbei“, sagt sie.

Mit ihrem Team entwickelte sie zuletzt die Dialogsoftware 100eyes, die Journalist:innen mit vielen Menschen

gleichzeitig in Kontakt bringt. Die Technologie setzt auf Messenger-Kommunikation statt Social Media. „Für direkten und persönlichen Austausch“, sagt Csuraji. So könnten Redaktionen schneller erkennen, was die Menschen beschäftigt. „Meiner Meinung nach braucht der Lokaljournalismus einen Haltungswechsel und muss viel stärker Kontakt zu den Leuten suchen, die ihn nicht lesen“, sagt Csuraji.

Einigen OZ-Abonent:innen scheint der nahezu abgeschaffte Terminjournalismus jedoch nicht zu gefallen. Im vergangenen Jahr haben rund sieben Prozent der Leser:innen ihr gedrucktes Abo gekündigt. Geschätzt ein Drittel davon, weil die OZ aus ihren vier Lokalausgaben eine Ausgabe für ganz Ostfriesland gemacht hat, sagt Braun. Unter den Kündigungen seien viele treue Leser:innen, die die Ostfriesische Zeitung seit Jahrzehnten abonniert hatten.

## E-Paper statt Zeitung

Die OZ musste damit 2020 rund 50 Prozent mehr Kündigungen hinnehmen als deutsche Lokalzeitungen ohnehin durchschnittlich jährlich verkraften müssen. War die Neuausrichtung also ein Fehler? „Nein“, sagt Braun. Er ist trotz der sinkenden Auflage zuversichtlich: „Die Hälfte der Kündiger ist auf das E-Paper umgestiegen.“ Er glaubt daher, dass auch die kleinen Verlage in Deutschland überleben werden, wenn sie den digitalen Wandel schaffen. „Ich verliere viel lieber die alten Leser als den Leser von morgen“, sagt der Chefredakteur.

Vor allem aus unternehmerischer Sicht mache das Sinn: Ein gedrucktes Abo der OZ kostet derzeit 40 Euro monatlich. Dabei entfallen allein 15 Euro pro Zeitung auf die Auslieferungskosten

ANZEIGE

## JETZT durchstarten

Berufsbegleitendes Masterstudium  
»Digitaler Journalismus«



Bis zum 15. Juli bewerben!  
[www.hamburgmediaschool.com](http://www.hamburgmediaschool.com)

# Die Ausländer sind schuld

Bei der Berichterstattung über Menschen mit Migrationshintergrund kramte der Boulevard-Journalismus tief in der Klischeekiste. Warum machten manche Journalist:innen aus Clan-Hochzeiten Schuldzuschreibungen?



RKI-Chief Wieler widerspricht wenige Tage später der Bild-Berichterstattung.

Im Verlauf der Corona-Pandemie berichtete die Bild-Zeitung von „Parallelgesellschaften“, „Großhochzeiten“ und „Clan-Familien“ als mögliche Pandemietreiber. Anfang März trat das Medium eine Kampagne

## Migration dient als monokausale Erklärung für eine Problemlage

zum vermeintlich hohen Anteil von Migrant:innen auf Covid-Intensivstationen los. Der Artikel bezog sich auf ein Gespräch zwischen dem Leiter des Robert Koch-Instituts (RKI), Lothar Wieler, und Chefärzt:innen diverser Kliniken. Obwohl Wieler den Schlussfolgerungen der Bild widersprach, blieb die Zeitung bei ihrer Stoßrichtung, weil angeblich „schon im Zuge der ersten Corona-Welle ‚Balkan-Rückkehrer‘ und Heimaturlaube zu den Treibern des Infektionsgeschehens gezählt“ hatten. Nur: Die RKI-Daten beweisen das keineswegs.

## Falsche Schlussfolgerungen

Laut Keywan Tonekaboni von den Neuen Deutschen Medienmacher\*innen ist es nicht das erste Mal, dass „migrantisch gelesene Menschen als Problem geframed“ werden: „Migration dient als monokausale Erklärung für eine Problemlage. Das kennen wir aus

anderen Bereichen. Bei Corona war es wieder der Fall“. Richtig ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund stärker von Covid-19 betroffen sein können. Ursachen dafür liegen aber nicht in der ethnischen Zugehörigkeit, sondern in sozioökonomischen Faktoren. Die Betroffenen leben häufiger in dichtbesiedelten Gegenden und beengten Wohnverhältnissen. Auch sind sie oft in Berufen mit stärkerem Risiko tätig, wie in der Alten- und Krankenpflege, als Reinigungskräfte, in Supermärkten oder bei Zustelldiensten.

## Belege? Fehlanzeige!

Über diese Ursachen berichteten einige Leitmedien. Auch Bild hat erkannt, dass Armut ein Infektionsrisiko darstellt, versäumt aber nicht zu betonen: „Unklar bleibt nun aber, warum Menschen mit Migrationshintergrund ausgerechnet bei der schützenden Impfung zurückschrecken, wie es Gesundheitsminister Spahn in der CDU-Präsidiumssitzung angedeutet hat.“ Belege? Fehlanzeige! Tonekaboni widerspricht zugleich: „Bei Impfkampagnen wie in Köln-Chorweiler hat man gesehen, dass der Zuspruch sehr hoch war. Da bleibt ein großes Fragezeichen, ob die Impfbereitschaft unter Migrant:innen wirklich niedriger ist.“ Solange Redaktionen die Diversität der Gesellschaft nicht abbilden, könne es zu „inhaltlichen Kurzschlüssen“ kommen: „Eine migrantische Großhochzeit wird als fremd geframed und möglicherweise wird ein stärkeres Augenmerk daraufgelegt. Währenddessen werden andere Kulturpraktiken, die als einheimisch etikettiert werden, differenzierter betrachtet.“ Neben Vorurteilen könnten auch fehlende Zugänge eine Rolle spielen. Oft werde gar nicht mit den Betroffenen geredet: „Entweder weil es zu viel Aufwand ist, oder weil man den Zugang nicht hat – oder beides.“

Betül Sarikaya  
@betuel\_sarikaya

# Balance-Akt

Über ein Jahr Pandemie mit pausenloser Berichterstattung und viel Kritik. Zeit für eine Zwischenbilanz.

Die kritisch-distanzierte Haltung des Journalismus wurde in der Krise zum Balance-Akt – und nicht immer wirkten die Medien standsicher. Die Berichterstattung über den hochwirksamen Impfstoff AstraZeneca drehte sich lange um Impfreaktionen, vor allem die sehr selten auftretenden Thrombosen, und Unsicherheiten bei der Freigabe. Für den Geschmack von Medienwissenschaftlerin Alexandra Borchardt haben deutsche Medien bei AstraZeneca „zu viel Drama gemacht“, gleichzeitig müsse Journalismus aber über Probleme berichten – eine schwierige Abwägung und Verantwortung der Journalist:innen.

## Mehr Einordnung und Bedacht

Das Zwischenfazit von Expert:innen ist entsprechend gemischt. Sie bemängeln unter anderem fehlende Einordnung und angstmachende Berichterstattung. Journalistik-Professor Klaus Meier be-

obachtete im Frühjahr 2020 eine einseitige Berichterstattung. Ein Aspekt von Einseitigkeit ist, dass „Befürworter massiver Lockdown-Maßnahmen in Verbindung mit angstmachenden Berichten ganz nach oben gespült wurden“. Diese Befürworter seien vor allem aus Regierungskreisen gekom-

## Journalismus muss auch Stachel im Fleisch der Politik sein

men. In Modellen zum weiteren Verlauf der Pandemie seien oft schlimmste Befürchtungen durch Medienberichte dargestellt worden, was Meier auch als einseitig und angsttreibend beschreibt. Eine Überaufmerksamkeit auf die Corona-Pandemie indes sah Medientforscher Stephan Russ-Mohl, welcher als nicht gerechtfertigt empfand. Hierdurch seien nämlich andere wichti-

ge Themen vernachlässigt worden. Mit der Zeit seien die Berichte dann aber differenzierter geworden.

## Kein pauschales Versagen

Mehr Kontext wird unter anderem bei Infektionszahlen gewünscht. Borchardt weist hier auf die 20-Uhr-Ausgaben der „Tagesschau“ hin: Ein kontextloses Nennen von Infektionszahlen sei schlechte Berichterstattung. Insgesamt sieht die Expertin aber kein pauschales Versagen des Journalismus in der Pandemie: „Generell haben die Medien einen guten Job gemacht“. Allenfalls sei ein „zu viel des ‚Guten‘“ geboten worden. Hier führt sie Corona-Newsticker auf, in denen sich Leser:innen schnell nicht mehr zu rechtfinden würden. Diese Newsticker brächten den Medien zwar Reichweite, dem Publikum aber wenig Nutzwert. Ein wiederkehrendes Dilemma im Journalismus ist eine falsche Ausgewogenheit, eine „false balance“. Gemeint ist eine Verzerrung beim Abbilden unterschiedlicher Meinungen. Nicht jede Randmeinung hat das gleiche Gewicht wie etwa gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse. In der Berichterstattung oder in Talkshows werden sie aber oft als gleichwertig dargestellt. Für Volker Stollorz vom Science Media Center

Germany bestand diese Gefahr auch in der Corona-Berichterstattung. Hier müsse das Spektrum des Möglichen nicht zwangsläufig abgebildet werden, denn dann werde die Begründungspflicht für vom wissenschaftlichen Konsens abweichende Meinungen höher. Es gebe wissenschaftliche Evidenzen, die schlichtweg nicht diskutabel seien.

## Gemischte Bilanz

Insgesamt fällt die Zwischenbilanz also durchwachsen aus. Im Sommer 2020 sei die Berichterstattung laut Meier zwar vielfältiger gewesen, ab Herbst dann wieder „angstgetriebener“ und zurzeit aufgrund niedriger Inzidenzen wieder breiter. Er wünsche sich jetzt allerdings einen konstruktiven Journalismus, der sich mit einem langfristig rationalen Virus-Umgang ohne ein Verfallen in „spontane und panische Lockdowns als einzige Lösungsmöglichkeiten“ befasst. Denn: „Journalismus muss auch Stachel im Fleisch der Politik sein“, so Meier, „und nicht nur Weiterleiter der Äußerungen von Pressesprechern und der Maßnahmen der Exekutive“.

Anna Ehlebracht  
@AnnaEhlebracht

# Vernachlässigtes Werkzeug

Manche Bundesländer haben immer noch kein Informationsfreiheitsgesetz. Und wo es eins gibt, machen Journalist:innen nur sporadisch davon Gebrauch. Über ein viel zu selten genutztes Recherchetool.

„Deutschland ist spät dran mit seinen Transparenzverpflichtungen“, sagt Manfred Redelfs, der sich im Vorstand von Netzwerk Recherche (NR) für die Informationsfreiheit engagiert. Die Herausgabe von Informationen sei noch keine gängige Praxis bei deutschen Behörden.

Seit 2006 gibt es in fast allen Bundesländern ein Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das Bürger:innen das Recht auf Einsicht in amtliche Unterlagen gibt. Erst kürzlich gelang es der taz und der Plattform FragDenStaat, die IFG-Anfragen an Behörden weiterleitet, Einsicht in die Mail-Korrespondenz zwischen dem Bundesinnenministerium (BMI) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zu erhalten. So konnte rekonstruiert werden, dass das BMI auf Druck der Bild-Zeitung Einfluss auf eine Textformulierung der bpb nahm.

Und doch fällt mit Blick auf dokumentierte IFG-Anfragen bei FragDenStaat auf: Das journalistische Poten-

zial des Gesetzes wird in Deutschland noch nicht ausgeschöpft. „Gerade Journalist:innen nutzen FragDenStaat nicht so viel, wie sie es könnten“, bilanziert Arne Semsrott, Projektleiter der Plattform und Journalist bei netzpolitik.org. Circa 80 Anfragen gebe es pro Tag, die meisten stammen seinen Angaben nach jedoch von NGOs, Aktivist:innen oder Bürger:innen.

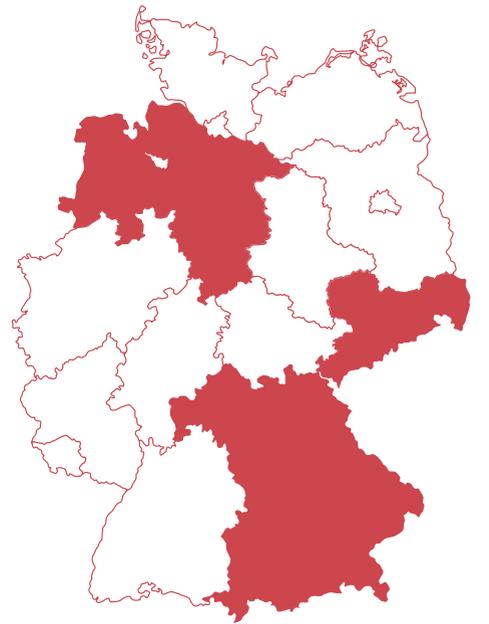
## Niedrige Erfolgsquote

Ein Problem bei IFG-Anfragen sind die im Gesetz festgelegten unbestimmten Ausnahmen. Redelfs kritisiert den „großen Ermessensspielraum der Behörden“, welche die Regelungen zu Lasten der Antragstellenden willkürlich dehnen und als Ablehnungsgrund vorbringen können. Häufig genannte Gründe wie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, innere und öffentliche Sicherheit, internationale Beziehungen oder personenbezogener Datenschutz

seien aber nicht immer berechtigt, so Redelfs, sondern eine subjektive Einstufung der Behörden. Manchmal gebe es auch pauschale Ablehnungen.

Manuel Bewarder, Investigativ-Journalist bei der Welt, erkennt ein anderes Problem: Sachbearbeiter:innen der Behörden seien zwar um Konsens mit Antragstellenden bemüht, oft aber seien amtliche Informationen gar nicht vorhanden. Der Grund: Je mehr sich mittels IFG herausfinden lasse und je mehr Folgen das für Ministeriumsangehörige habe, desto mehr müsse damit gerechnet werden, dass manche Informationen gar nicht erst aufgeschrieben werden, um IFG-Anfragen zu entgehen, befürchtet Bewarder.

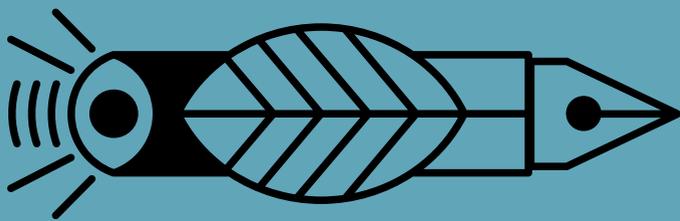
Die niedrige Erfolgsquote der gestellten Anfragen zeigt, dass Datentransparenz noch lange nicht so selbstverständlich ist wie in Skandinavien oder den USA. Semsrott hat über sein Portal in den vergangenen sieben Jahren selber bereits knapp 1.740 IFG-Anfragen gestellt – nur etwas mehr als die Hälfte davon waren bislang erfolgreich.



Trio mit Nachholbedarf: In Bayern, Sachsen und Niedersachsen gibt es bis heute kein IFG.

ANZEIGE

## SEED



Der Newsletter zum Nonprofitjournalismus  
von Netzwerk Recherche

Jetzt abonnieren: [nrch.de/seedabo](http://nrch.de/seedabo)



Schöpflin Stiftung:

## Hohe Gebühren

Aus dem Tätigkeitsbericht 2020 des Bundesbeauftragten für Informationsfreiheit geht hervor, dass die Anzahl der bei ihm eingegangenen Beschwerden im Vergleich zum Vorjahr um fast 50 Prozent gestiegen ist: Von insgesamt 900 Anträgen baten Petenten in 647 Fällen um Vermittlung durch den Bundesbeauftragten. Gründe waren des Berichtes zufolge nicht stattgegebene Informationszugänge, lange Bearbeitungszeiten und hohe Gebühren. Bis zu 500 Euro dürfen laut Gebührenverordnung des IFG auf Bundesebene für die Datenherausgabe, Einsichtnahme und den Verwaltungsaufwand gefordert werden – ein besonders für freie Journalist:innen hoher finanzieller Aufwand. Die langen Wartezeiten seien vor allem problematisch für zeitnahe Fact-Checking, sagt Tania Röttger, Leiterin vom Correctiv Faktencheck. Sie habe das IFG aus dem Grund in diesem Bereich noch nie angewendet.

Widerspruch einzulegen oder gegen ungerechtfertigte Datenzurückhaltung und hohe Kosten juristisch vorzugehen, setzt das Wissen um die Auskunftsrechte voraus – das liege aber oft nicht vor, sagt NR-Experte Redelfs. Er sieht den Grund darin zum einen in den unterschiedlichen Gesetzen der einzelnen Bundesländer, zum anderen werde das Thema in der Ausbildung zu wenig thematisiert. Journalist:innen wie Semsrott und Röttger haben die Rechtsgrundlagen und Anfragetechniken erst über jahrelange Anwendung erlernt.

Auf seiner Plattform informiert Semsrott über das Gesetz, aber das reiche noch nicht, sagt er. Selbst wenn ein Antrag Erfolg hat, seien die Antworten der Behörden oft in komplexer juristischer Sprache verfasst, was Antragstellende einschüchtere. Die Correctiv-Autorin Röttger rät zudem, die ausgehändigten Informationen der Behörden auf ihre Vollständigkeit zu prüfen.

Das noch junge IFG steht vor einer ungewissen Zukunft: „Es ist noch nicht gesagt, dass die Informationsfreiheit bleibt“, prognostiziert der FragDenStaat-Aktivist Semsrott. Es gebe starke Stimmen aus Verwaltung und Politik, die das IFG als lästig empfinden und daher gerne wieder abschaffen würden, sagt er. Dies hält Welt-Journalist Bewarder allerdings für unwahrscheinlich: „Im digitalen Zeitalter, in dem es die Menschen gewohnt sind, sich selbst informieren zu können, kann ihnen die Politik dieses Recht nicht mehr nehmen.“ Für Röttger, Semsrott und Bewarder liegt die Verantwortung für die Etablierung des IFG bei den Journalist:innen: Sie müssen das Auskunftsrecht öfter nutzen und seine Verwendung in Artikeln kenntlich machen, damit die Anwendung des IFG sowohl für Journalist:innen als auch für Behörden zu einer selbstverständlichen Praxis wird.

Luka Simon  
@luka\_simon\_



# „Was machst Du da in der Wildnis?“

Mehr als 30 Jahre nach der Einheit sind ostdeutsche Stimmen in der gesamtdeutschen Medienlandschaft immer noch Mangelware. Eine Studie spricht gar von medialer Spaltung. Kann eine Quote Abhilfe schaffen?

Ein Anglerhut in Deutschlandfarben, darunter der Titel „So isser, der Ossi“ – mit diesem Titelbild erregte der Spiegel 2019 deutschlandweit Aufsehen. Kritiker:innen monierten: Die Berichterstattung eines westdeutschen Mediums für westdeutsche Leser:innen basiere mal wieder auf Stereotypen. Denn der Anglerhut hatte eine Vorgeschichte: Der sogenannte „Hutbürger“ pöbelte 2018 im Rahmen einer sächsischen Pegida-Demonstration gegen ein Kamerateam der ZDF-Sendung Frontal21.

Als Steffen Winter, Spiegel-Korrespondent in Dresden und Autor der Titelgeschichte, das Titelbild zum ersten Mal sah, griff er direkt zum Hörer: „Ich habe gefragt, ob sie noch normal sind.“ Die Bildredaktion habe das Bild jedoch ironisch und spannend gefunden. Den Text, der Klischees kritisch hinterfragen sollte, so Winter, hätten viele aus Empörung daraufhin gar nicht gelesen.

Wie verbreitet Klischees in der eigenen Redaktion waren, merkte er erstmals, als er vor 17 Jahren seinen Korrespondentendienst in Dresden antrat. Viele Kolleg:innen hatten ihn daraufhin gefragt: „Was machst Du da in der Wildnis?“

## Westdeutsche Prägung

Dass über Ostdeutschland im Spiegel meist als negative Abweichung vom „idealen Westen“ berichtet wird, zeigt eine Analyse der Journalistin Claudia Laßlop. Eine Untersuchung der gesamtdeutschen Presse im Auftrag des MDR belegt darüber hinaus, dass die Me-

dien Ostdeutschland in den vergangenen Jahren zunehmend im Zusammenhang mit Armut, Rechtsextremismus und dem Gefühl, abgehängt zu sein, thematisierten.

Ein Diskussionspapier des Medienwissenschaftlers Lutz Mükke, herausgegeben von der Otto Brenner Stiftung (OBS), zeigt die starke westdeutsche Prägung der Medienlandschaft. Demnach sind in den Führungsetagen deutscher Leitmedien nur neun Prozent Ostdeutsche vertreten, obwohl diese über 15 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Selbst in den Chefetagen ostdeutscher Regionalzeitungen seien westdeutsche Journalist:innen überproportional oft vertreten. Beim MDR sind nach eigenen Angaben 2021 über 83 Prozent der Führungskräfte Ostdeutsche. Die aktuellsten Zahlen für leitende Positionen bei NDR und rbb stammen aus dem Jahr 2016: Zu diesem Zeitpunkt lag der Anteil bei nur elf Prozent.

## Absatz im Osten desaströs

Kritisiert wird eine daraus resultierende einseitige Berichterstattung, die erklären könnte, warum die Absatzzahlen überregionaler Zeitungen in ostdeutschen Bundesländern so desaströs sind. Der Spiegel verkauft vier Prozent der Gesamtauflage in Ostdeutschland, die Süddeutsche Zeitung nur 2,5 Prozent. Ulrike Nimz, Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, sieht die Ursache dafür aber nicht unbedingt in einer undifferenzierten Berichterstattung. In Gesprächen mit Ostdeutschen habe sie deswegen selten Ablehnung erfahren. Meist gebe es eher eine generelle Abneigung gegenüber klassischen Medien oder schlichtweg eine Absage, weil Süddeutschland zu weit entfernt scheine. Die Zeit verkauft mit 32.000 Zeitungen immerhin sechs Prozent der Gesamtauflage in ostdeutschen Bundesländern, Tendenz steigend: „Die Zeit ist die einzige überregionale Zeitung mit wachsender Auflage in Ostdeutschland. Dabei wächst die Auflage sogar etwas schneller als in den westdeutschen Bundesländern“, so Martin Machowecz, Leiter der Zeit im Osten. Als Grund dafür sieht er,

dass das stetig wachsende Leipziger Team mit seinen drei Seiten eine regionale Vertiefung von Themen bieten könne. Darüber hinaus beobachtet Machowecz jedoch auch, wie die Arbeit seiner Redaktion die Themen anderer Ressorts der Zeit beeinflusse.

Als Mitglied der Auswahlkommission der Deutschen Journalistenschule (DJS) sieht jedoch auch Machowecz, dass ostdeutscher Nachwuchs Mangelware ist. Die DJS erhebt keine Statistiken, geht aber von drei Schüler:innen mit Geburtsort in Ostdeutschland aus. Auf der Hamburger Henri-Nannen-Schule kommen nur zwei der 18 Journalist:innen aus Ostdeutschland, die RTL-Journalistenschule in Köln besucht nicht eine.

## Quote als Drohung

Damit mehr Ostdeutsche den Weg in den Journalismus finden können, schlägt das Diskussionspapier der OBS eine Ostquote vor. Speziell ARD und ZDF sollten „dafür sorgen, die Repräsentanz Ostdeutscher und ostdeutscher Perspektiven in Leitungsgremien und zentralen Nachrichtensendungen wie Tagesschau oder heute und investigativen Formaten zu sichern und die Chancen von Quotenlösungen zu diskutieren“. Spiegel-Korrespondent Winter unterstützt diesen Ansatz, Machowecz findet die Ostquote vor allem als Droh-Kulisse interessant: „Allein die Drohung mit einer Quote kann Unternehmen dazu bringen, die Verhältnisse zu ändern.“ Kritiker:innen betonen die Schwierigkeit der Operationalisierbarkeit, da auch ein Geburtsort in Ostdeutschland mit einer westdeutschen Sozialisierung durch die Eltern einhergehen kann. Auch die Journalismusschulen stehen einer Quote skeptisch gegenüber. Stattdessen wollen sie über Infoveranstaltungen und eine stärkere Online-Präsenz gezielter für Aufmerksamkeit und Diversität sorgen. Machowecz plädiert zudem dafür, die Zugangsbedingungen für den Journalismus zu überdenken.

## Ohne Psychogramme

Sowohl Machowecz als auch SZ-Korrespondentin Nimz sehen bereits jetzt eine verbesserte Sensibilisierung für ostdeutsche Perspektiven und Expert:innen. Langfristig sehnt Nimz sich nach einer Normalisierung der Berichterstattung: „Ich möchte nicht als Ostdeutsche ‚den Osten‘ mit möglichst ausführlichen Psychogrammen erklären müssen. Von diesem Reflex müssen wir weg.“ Andreas Oppermann, Leiter des rbb-Studios in Frankfurt, sieht weder Institutionen noch einzelne Personen in der Pflicht, die Missstände zu beheben. Für ihn gehe es um das richtige Gespür für relevante Themen, unabhängig von der Herkunft der Journalist:innen. Dazu sagte er im Berliner Mediensalon: „Wir müssen einfach unseren Job richtig machen, damit ein konstruktiver Diskurs entsteht.“

Philine Klinger  
 @lenaphiline

**30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung**  
 Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest?

Ein Diskussionspapier der Otto Brenner Stiftung  
 Frankfurt am Main 2021

OBS-Arbeitspapier 45

Studien-Autor Lutz Mükke nennt Ostdeutschland im Diskussionspapier der Otto Brenner Stiftung eine „massenmedial multiple Problemzone“.

